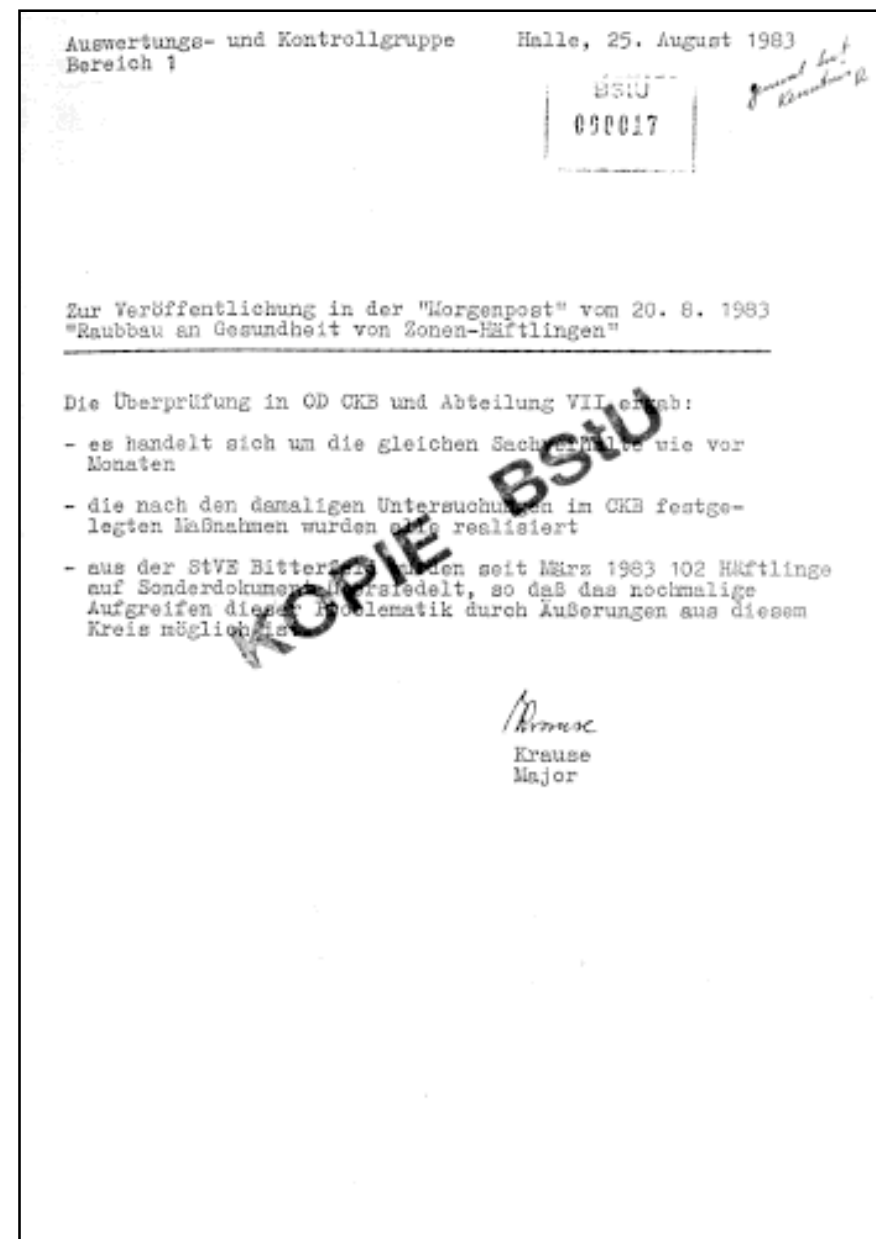


Raubbau an Gesundheit von Zonen-Häftlingen, Morgenpost vom 20.08.83 [20]



AKG zu einer Veröffentlichung in der Morgenpost am 20.08.83 [21]

Die Situation im VEB Chemiekombinat Bitterfeld im Jahre 1987 aus der Sicht des MfS

In den Unterlagen der Auswertungs- und Kontrollgruppe des MfS finden sich sehr viele Berichte über die Situation im VEB Chemiekombinat Bitterfeld. Diese Berichte hatten immer einen festen Adressatenkreis. So wandte sich die Objektdienststelle des CKB an die SED-Industriekreisleitung Bitterfeld und die Bezirksverwaltung des MfS in Halle. Aus ihnen wurden weitere und umfassendere Informationen zusammengestellt, die an die jeweils nächsthöhere Ebene gerichtet wurden.

Die im MfS in Berlin im Laufe der Zeit eingetroffenen Berichte müssen dort einen derartigen Eindruck hinterlassen haben, daß sich der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, genötigt sah, eine Untersuchung am Ort des Geschehens vornehmen zu lassen. Deren streng geheime Resultate übermittelte er in einer "Information über vorliegende Ergebnisse aus Untersuchungen zu einigen bedeutsamen Problemen des technischen Zustandes der Produktions- und Energieerzeugungsanlagen sowie der Gebäude im VEB Chemiekombinat Bitterfeld/Halle und im Zusammenhang damit festgestellte erhebliche Gefährdungen für das Leben und die Gesundheit der Werktätigen und Anwohner" vom 22.05.87 [34] an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, Hans-Joachim Böhme, um ihn von der Situation in Kenntnis zu setzen. Aufgrund der beschriebenen Informationsbeziehungen in der DDR hatte der 1. Sekretär sicher umfangreiche Kenntnis von der Situation. Die übermittelte Information beschreibt einen katastrophalen Zustand, unter dem die Menschen in der Region arbeiten und leben mußten.

Die "Information" ist in ihrer gesamten Länge auf den folgenden Seiten wiedergegeben.

2889

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT Böhme (Halle)

BSU
 600110

Berlin, den 22.05.87

Streng geheim!
 Um Rückgabe wird gebeten!

9 Blatt
3. Exemplar

Nr. 191 / 87

Eingegangen
 25 05 87
 85, 05

Nr. 25.5

INFORMATION
über

vorliegende Ergebnisse aus Untersuchungen zu einigen bedeutsamen Problemen des technischen Zustandes der Produktions- und Energieerzeugungsanlagen sowie der Gebäude im VEB Chemiekombinat Bitterfeld/Halle und im Zusammenhang damit festgestellte erhebliche Gefährdungen für das Leben und die Gesundheit der Werktätigen und Anwohner

KOPIE BSU

Auf Veranlassung des MfS führten Experten in Anbetracht bereits vorliegender Erkenntnisse beim Staatlichen Amt für Technische Überwachung der DDR (SATU) zum Kombinat VEB Chemische Werke Buna Schkopau/Merseburg/Halle weitergehende Untersuchungen bezüglich des technischen Zustandes der Produktions- und Energieerzeugungsanlagen, zum Gebäudezustand sowie zu Problemen der Umweltbelastung im VEB Chemiekombinat Bitterfeld/Halle durch, die zu folgenden Ergebnissen führten:

Die technischen Ausrüstungen weisen einen hohen Verschleißgrad auf, und es besteht eine erhebliche Gefährdung der Gebäudesubstanz. Aus gleichen Gründen sind die Energieerzeugungsanlagen

Information vom Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, an den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Halle, Hans-Joachim Böhme [34]

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000111

nur noch in beschränktem Umfang verfügbar.

Von den Einzeltrassen und Rohrnetzen (Chlorleitung) gehen trotz erfolgter Rekonstruktionsmaßnahmen auch weiterhin Gefahren aus. Bisher durchgeführte Maßnahmen zur Gewährleistung des Umweltschutzes sind unzureichend, annähernd die Hälfte der im Kombinat beschäftigten Werktätigen ist gesundheitlichen Schädigungen und Gefährdungen ausgesetzt.

Im VEB Chemiekombinat Bitterfeld werden mit einer industriellen Warenproduktion in Höhe von etwa 7,5 Mrd. Mark ca. 8 % der Chemieproduktion der DDR erzeugt. In 140 Produktgruppen unterschiedlichster Art erfolgt die Herstellung von rund 3.000 Erzeugnissen (elektrochemische Erzeugnisse, Säuren, Zwi., ... wie PVC-Granulat, Wirkstoffe, sowie Fertigprodukte wie Pflanzenschutzmittel, Arzneimittel), deren Ausfall ... nachteiligen Auswirkungen in allen Bereichen der Volkswirtschaft der DDR führen würde. (Nach vorliegenden ... hätten zeitweilige Produktionsunterbrechungen im CKB größere nachteilige Wirkungen als etwa die Folgen gleichartiger Vorkommnisse in anderen bedeutenden Chemiekombinaten wie Leuna Werke/Buna.)

Wie durch die Untersuchungen eindeutig festgestellt wurde, reichen die dem VEB Chemiekombinat Bitterfeld maximal zur Verfügung stehenden und geplanten materiellen und finanziellen Fonds nicht aus, eine grundlegende Stabilisierung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Produktions- und Energieerzeugungsanlagen zu erreichen, die gefährdete Gebäudesubstanz zu sanieren sowie einen wesentlichen Abbau der bestehenden Gefährdungssituation für die Werktätigen zu bewirken.

Aus vorgenannten Gründen ist deshalb nach übereinstimmenden Auffassungen von Experten die Grundfondsreproduktion in diesem Kombinat nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet, und der Anlagenzustand werde sich in den Folgejahren weiter verschlechtern.

BSU
000112

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Ausdruck dessen ist u. a., daß die verfügbaren Kapazitäten für die Instandhaltung fast ausschließlich (zu 98,5 %) für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der alten, stark verschlissenen Anlagen eingesetzt werden müssen.

Auf wirksame und dauerhafte Maßnahmen der planmäßigen vorbeugenden Instandhaltung, einschließlich der Modernisierung der Grundfonds, muß deshalb zwangsläufig verzichtet werden.

Die Folge davon ist, daß sich der Verschleißgrad seit 1978 ständig weiter erhöhte (liegt gegenwärtig bereits über 50 %). Der Anteil bereits abgeschriebener Grundmittel beträgt gegenwärtig etwa 18 %.

Besonders betroffen sind dabei die Produktionsstätten in Betriebsteil Wolfen (Farbstoffe, Pflanzenschutzmittel, Wofafit u. a.), der Produktionsbereich Bitterfeld (Metalle) und der Bereich der Energetik.

Der überwiegende Teil dieser Anlage stammt aus der Zeit der Entstehung des Betriebes. Daraus ergibt sich auch die erheblich gefährdete Gebäudesubstanz.

(Um die Jahrhundertwende wurde mit der Errichtung der Farbstofflinie für Textilfarben und der Chlorelektrolyse begonnen, deren Anlagen teilweise noch immer genutzt werden müssen.)

Insgesamt weisen 54 Produktionsgebäude, in denen der überwiegende Teil der überalterten, stark verschlissenen Anlagen untergebracht ist, schwere Bauschäden auf, und vier Gebäude sind akut einsturzgefährdet.

Bei Windgeschwindigkeiten über 55 km/h müssen 22 Gebäude aus Sicherheitsgründen von den Werktätigen verlassen werden.

Dächer von Produktions- und anderen Gebäuden (98) sind so stark beschädigt, daß eine akute Einsturzgefahr bzw. die Gefahr elektrischer Kurzschlüsse durch eindringendes Regenwasser besteht.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU 4
000113

Der hohe Verschleißzustand der Energieerzeugungsanlagen (Dampferzeuger, Turbinen und Generatoren) hat zu einer rückläufigen Verfügbarkeit geführt.

Es waren und sind Versorgungseinschränkungen in der Dampfversorgung durch die notwendig gewordene Außerbetriebnahme von Dampferzeugern (Fehlmenge insgesamt bis zu 114 t/Stunde) eingetreten, die wiederum Produktionseinschränkungen nach sich zogen.

Im Winterhalbjahr 1986/87 konnten deshalb über längere Zeiträume Anlagen nur im Warmhaltebetrieb gefahren werden.

Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren nach Einschätzung der Experten auf Grund der geringen Restlebensdauer einiger noch in Betrieb befindlicher Dampferzeuger und der nichttermingerechten Realisierung geplanter Investitionen durch das Kombinat Kraftwerksanlagenbau weiter verschärfen. (Das betrifft insbesondere die Realisierung von zwei Dampferzeugern mit einer Leistung von je 100 t Dampf/Stunde.)

Eine gewisse Entspannung der Situation wird mit dem Import von sechs Dampferzeugern aus der BRD, deren Einsatzbereitschaft noch vor Beginn des Winterhalbjahres 1987/88 geplant ist, erwartet.

Auch die stabile Elektroenergieversorgung des Chemiekombinates Bitterfeld wird als gefährdet bezeichnet.

In Betriebsteil Wolfen können keine weiteren Anlagen an das elektrische Versorgungsnetz angeschlossen werden. Da nur eine Einspeisung für diesen Betriebsteil vorhanden ist, wird der einfache Störfall nicht beherrscht.

Seit 1983 vom SATO der DDR zur Herstellung der Kurzschlußfestigkeit (erforderliche Investitionen in Höhe von 13,0 Mio Mark) erteilte Auflagen konnten bisher nicht realisiert bzw. auch nicht in den Fünfjahrplan 1986 bis 1990 eingeordnet werden.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000114

Demzufolge sind Störungen auf Grund von elektrischen Kurzschlüssen auch künftig nicht auszuschließen.

Die der Energieversorgung des Chemiekombinates Bitterfeld dienende 110-kV-Leitung (ca. 9,8 km) weist einen so großen Verschleiß auf, daß eine vollständige Erneuerung erforderlich ist. Da es bisher nicht möglich war, die dazu notwendige Stahlmenge für die Herstellung der Gittermasten bereitzustellen, konnte diese Investitionsmaßnahme ebenfalls noch nicht eingeordnet werden. Die Gefahr von Mastbrüchen wird nicht ausgeschlossen. Daraus möglicherweise resultierende Unterbrechungen in der Elektroenergieversorgung für das gesamte Chemiekombinat würden zweifellos erhebliche Produktionsausfälle nach sich ziehen.

Obwohl umfangreiche Rekonstruktionsmaßnahmen an Rohrtrassen (etwa 23 km) und Rohrleitungen (ca. 200 km) bis Ende 1986 durchgeführt wurden, wird der technische Zustand einer Reihe von Einzeltrassen und Rohrnetzen im Gelände des Kombirates, u. a. des Chlorleitungsnetzes (führt an allen Betriebsteilen und an Wohngebieten in einer Gesamtlänge von etwa 32 km vorbei und beinhaltet stark giftige Chlorverbindungen, die in hohen Konzentrationen auftretend sofortige tödliche Wirkungen nach sich ziehen), als erheblich verschlissen eingestuft.

Es besteht die Notwendigkeit, diese Einzeltrassen und Rohrnetze ebenfalls zu erneuern. (Für 5,3 km Einzeltrassen hat die Staatliche Bauaufsicht bereits Auflagen zur Erneuerung erteilt.)

Die vom VEB Chemiekombinat Bitterfeld verursachten Umweltbelastungen für die Werktätigen des Betriebes und die Bewohner des angrenzenden Territoriums in Bitterfeld und in Wolfen gehen vor allem vom Kraftwerk Wolfen (Staub), von den Rohsalpetersäureanlagen (Stickoxide) und der Gipschwefelsäureanlage (Schwefeldioxide und Staub) aus.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000115

Die Emission von Staub, Schwefeldioxid und Stickoxiden ist nach vorübergehender Senkung seit 1984 ansteigend, da die Absorptionsanlagen in der Gipschwefelsäureanlage und den Salpetersäureanlagen Wolfen und Bitterfeld stark verschlissen und zum Teil funktionsunwirksam sind.

(Das Territorium Bitterfeld und Wolfen bleibt auf Grund der nicht ausreichenden Maßnahmen zur Senkung vorhandener Umweltbelastungen durch das Kombinat in die Emissionsstufen "überlastet" bzw. "stark überlastet" eingestuft.)

Mit den im Fünfjahrplanzeitraum 1986 bis 1990 vorgesehenen Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft (Einsatz von etwa 4 % der dem Kombinat zur Verfügung stehenden Investitionsmittel) kann nach vorliegender Einschätzung zwar eine Verbesserung bei der Reinhaltung der Luft, jedoch nicht die Beseitigung der vom Chemiekombinat verursachten Luftbelastungen des Territoriums erreicht werden.

Auf Grund des Fehlens einer zentralen Abwasseranlage im VEB Chemiekombinat Bitterfeld erfolgt die direkte Einleitung chemisch hoch belasteter Abwässer in die Mulde.

Das Abwasser des Kombinates ist in die Abwasserklasse 4 eingestuft, wofür seit 1985 pro Kubikmeter Abwasser 2,80 Mark Abwassereinleitungsgeld abzuführen sind. Werden die Normen für die Ableitung schadstoffhaltiger Abwässer in die Mulde vom Kombinat überschritten, erhebt die Staatliche Gewässeraufsicht finanzielle Sanktionen. Insgesamt entstehen dem Chemiekombinat Bitterfeld dadurch jährlich Mehrkosten in Höhe von etwa 260 Mio Mark. (Das bedeutet für den Zeitraum 1986 bis 1990 einen finanziellen Aufwand von insgesamt 1,3 Mrd. Mark.)

Die Staatliche Gewässeraufsicht und der Rat des Bezirkes Halle beauftragten darüber hinaus das Kombinat, die Entnahme von 16 000 m³/Tag Trinkwasser aus dem öffentlichen Versorgungsnetz für industrielle Zwecke kurzfristig abzulösen, wofür jedoch keine Voraussetzungen bestehen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000115

Die dem Kombinat bis 1990 zur Verfügung stehenden Investitionen für die Realisierung von betrieblichen Maßnahmen zur rationellen Wasserverwendung sind lediglich dafür ausreichend, Teilschritte zu realisieren und mit den Vorbereitungen für die Errichtung einer zentralen Abwasseranlage zu beginnen.

Weiteren Feststellungen zufolge wird im Verlauf des Jahres 1988 die als Deponie für giftige Abprodukte genutzte Grube Antonie (Tagebaurestloch) gefüllt sein, so daß deren weitere Nutzung für die Ablagerung von Abprodukten nicht mehr möglich ist. Die Erschließung einer anderen, ähnlichen Möglichkeit zur Ablagerung der Abprodukte des Kombinates ist auf Grund der im Halleschen Revier bestehenden geologischen Bedingungen nicht gegeben.

Zur Erfüllung der vom Rat des Bezirkes Halle in diesem Zusammenhang erhobenen Forderung zur Errichtung einer Schadstoffverbrennungsanlage fehlen gegenwärtig die erforderlichen Voraussetzungen, insbesondere die Schaffung des technologischen Vorlaufes sowie für die Einordnung dieser Anlage in die Jahrespläne des Kombinates.

Etwa die Hälfte (ca. 9 200 von 18 550) der im Stammbetrieb des VEB Chemiekombinat Bitterfeld beschäftigten Werktätigen ist gesundheitlichen Schädigungen (chemische und physikalischen Belastungen) ausgesetzt.

Für Anlagen, an denen etwa 5 200 Werktätige des VEB Chemiekombinat Bitterfeld beschäftigt sind, erteilten Organe des Arbeitsschutzes und der Arbeitshygiene auf Grund der von diesen Anlagen ausgehenden gesundheitlichen Gefährdungen Ausnahmegenehmigungen zum Weiterbeschäftigen von Werktätigen unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen.

Die Mehrheit der bisher erteilten Ausnahmegenehmigungen verliert jedoch 1989/90 ihre Gültigkeit.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000117

Darüber hinaus arbeiten etwa 4 000 Beschäftigte des Chemiekombinates Bitterfeld unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen an Anlagen, die bereits im gesetzlosen Zustand weiterbetrieben werden müssen. Eine Antragstellung zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen wird durch die Kombinateleitung nicht mehr vorgenommen, da der normative Sicherheitsstandard an diesen Anlagen nicht mehr wiederherzustellen ist.

Diese Gefährdungssituationen für die Werktätigen des Chemiekombinates können deshalb nur noch durch die Errichtung neuer Anlagen beseitigt werden.

Die im Zeitraum von 1986 bis 1990 zu realisierenden Investitionen für den Ersatz völlig verschlissener Anlagen (Chlorelektrolyse, Graphit- und Chlorbenzolanlage mit einem Gesamtaufwand von rund 1,8 Mrd. Mark) führen zur Beseitigung der Gesundheitsgefährdungen und Arbeitserschwernisse von lediglich 270 Werktätigen.

Für weitere 100 Werktätige der Chlorelektrolyse I und III kommt es in diesem Zeitraum zu Verminderungen in der Quecksilberbelastung.

Viele Werktätige weisen deshalb darauf hin, daß es erforderlich wäre, alle Möglichkeiten zur Beseitigung bzw. Reduzierung gesundheitsgefährdender Arbeitsplätze nochmals zu prüfen und auszuschöpfen. Dieses Anliegen würde den erklärten Zielen zur Sorge um den Menschen und den Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen entsprechen.

Nach Auffassung der Experten kann in Anbetracht des geschilderten technischen Zustandes der Anlagen und der Gebäudesubstanz eine Beseitigung der bestehenden Gefährdungen für die Werktätigen des VEB Chemiekombinat Bitterfeld und die schrittweise Verbesserung des Anlagenzustandes grundsätzlich nur auf der Grundlage zentraler Bilanzentscheidungen herbeigeführt werden.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000118

Da mit den diesem Industriezweig zur Verfügung stehenden material- und finanziellen Fonds keine Lösungen zur Überwindung der aufgetretenen Gefahren erreicht werden können, bestehen nur im Rahmen einer weiteren Erhöhung der Fonds für die Erneuerung, Modernisierung und Rekonstruktion Voraussetzungen für einen schrittweisen Abbau des allgemeinen Gefahrenzustandes.

Mielke

Arbeits- und Lebensbedingungen bei der Produktion von hochkonzentrierter Salpetersäure im CKB

Die im Abschnitt 2.2. (Situation in der Produktion von hochkonzentrierter Salpetersäure im CKB) beschriebene Situation hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter und der Bewohner der Region. Auf Seite 3 der "Information ..." [17] kam die OD CKB am 16.06.87 zu folgender Einschätzung: "... birgt trotz Absperrung zusätzliche Gefahrenmomente in sich für die angrenzenden technologischen Ausrüstungen, wie Tanklager und Pumpstation sowie für das Bedienungspersonal.

Durch Sachverständige wird eingeschätzt, daß ein Havariefall extreme Folgen für umliegende Betriebe bzw. Territorien haben würde. Beispielsweise kann ein plötzliches Versagen von Haupttragwerken im Extremfall zum Bruch von Paulingöfen und damit zur Freisetzung großer Mengen 330°C heißer Schwefelsäure führen. In Abhängigkeit von Windrichtung und Windstärke wäre dann ein mehr oder weniger großes Territorium einschließlich der dort lebenden und arbeitenden Menschen den extremen Wirkungen ausgesetzt. Ein Gewaltbruch oder Abreißen der Erdgaszuführungsleitung würde unweigerlich zur Explosion mit unabsehbaren Folgen führen. Betroffen wären in jedem Fall eine größere Anzahl umliegender Betriebe des CKB, der in unmittelbarer Nähe liegende VEB Kraftverkehr Bitterfeld und/oder die Gemeinden Greppin und Wachtendorf bzw. Teile der Stadt Wolfen in Abhängigkeit von der Wetterlage."

Auf den Seiten 8 und 9 derselben "Information ..." wurden Maßnahmen beschrieben, die der Generaldirektor zum Schutze "der Belegschaft und der Anwohner" in eigener Initiative eingeleitet hatte. Zwei davon waren:

"g) stabsmäßige Vorbereitung von Maßnahmen zur Evakuierung, medizinische Betreuung und Unterbringung von Menschen unter Beachtung von Windrichtung, Eigenschaften der Schadstoffe, Tageszeit und Verkehrsaufkommen (Anlage liegt unmittelbar an der Straße zwischen Wolfen, Greppin und Bitterfeld)

...

i) Durchführung außerordentlicher Arbeitsschutzbelehrungen in angemessener Form, ohne die bereits vorhandene Unsicherheit unter den Werkträgern weiter zu verstärken"

Hierbei ging es wohlweislich nicht um einen allgemeinen Havarieplan, sondern um die Reaktion auf eine akute und durch den Generaldirektor nicht abwendbare Gefährdung für das Werk, die Umgebung und die Menschen.

Die "Information ..." [17] ist im Abschnitt 2.2. vollständig enthalten.

Aspekte der Arbeitskräftepolitik 1987 im VEB Chemiekombinat Bitterfeld im Zusammenhang mit militärischen Forschungsprojekten

Aktivitäten im Hinblick auf Rüstung gab es offiziell in der DDR nicht. Wer seine Sinne offen und einen großen Bekanntenkreis hatte, konnte auch zu diesem Thema einige Dinge in Erfahrung bringen und das eigentliche Ausmaß extrapolieren.

Um dies zu verhindern, unternahm das MfS beträchtliche Anstrengungen, selbst in den eigenen Reihen. Als in einer MfS-internen "Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung 1987" [16] die OD CKB dieses Thema unter anderen behandelte, wurde sie nicht wie bei einer analogen Ausarbeitung der OD Buna ohne militärische Themen [15] als VVS-Material eingestuft, sondern erhielt die Geheimhaltungsstufe GVS.

Auch hier mußte wieder bei der Überprüfung wichtiger Abteilungen festgestellt werden: "In diesen Bereichen treten insbesondere unter Leitern und mittleren leitenden Kadern subjektive Fehlverhaltensweise auf ..." [16, S. 2]. Es gibt aber keine Hinweise auf Aktivitäten des MfS in diesem Zusammenhang.

Anders war es dagegen in der hier beschriebenen Situation. Es wurden umfangreiche Überprüfungen der 'politischen' Zuverlässigkeit der Mitarbeiter vorgenommen, die auf diesem speziellen Forschungssektor beschäftigt wurden bzw. werden sollten. Dabei ging es dann darum, die Familienangehörigen und Bekannten 'aufzuklären' und nachzuprüfen, ob Kontakte nach dem westlichen Ausland oder zu Kirchen existierten. Um fachliche Qualifizierung hat sich das MfS dabei nicht gekümmert, obwohl in den entsprechenden Berichten auch immer der berufliche Werdegang detailliert beschrieben wurde.

Was von der OD CKB im einzelnen in dieser Sache für wichtig gehalten wurde und auf den Seiten 5-7 der genannten GVS unter Punkt "1.1.2 Politisch-operativer SPB 'Pigment'" niedergelegt wurde, wird auf den folgenden Seiten vollständig dargestellt.

1.1.2 Politisch-operativer SPB "Pigment"

(F/E-Bereich "Spezielle Forschung")

In der Forschungsabteilung werden entsprechend zentraler Entscheidungen F/E-Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung realisiert. Hierbei handelt es sich

BSU

000034

GVS Hle 0064-308/87

6....

Im wesentlichen um folgende bedeutsamen Aufgabenstellungen:

- Bereitstellung von Farbpigmenten für Tarnzwecke
- Entwicklung eines schnell wirksamen Serums gegen Nervengifte
- Herstellung einer Al-Mg-Legierung, die unter bestimmten mechanischen Einwirkungen zur Entzündung gelangt
- Entwicklung hochstoßfester Molekularsiebe für die Raketentechnik.

Darüberhinaus ist die Realisierung verschiedener F/E-Aufgaben auf den Gebieten Gel-, Silikon- und Fluorchemie in Kombinatbetrieben zu koordinieren.

Die bisherige pol.op. Grundlagenarbeit konzentrierte sich im wesentlichen auf die

- Herausarbeitung von Mängeln und Missetänden im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Wirksamwerden der Forschungsabteilung
- Durchführung von SU zu den im SPB eingesetzten Kadern bzw. zu den für einen Einsatz vorgesehenen Kadern
- Gewährleistung der Einhaltung von Bestimmungen zum Geheimnisschutz.

Zu den im SPB-Bereich eingesetzten 12 Kadern liegen z.Zt. keine op. bedeutsamen Informationen oder Hinweise vor. Im Ergebnis realisierter Aufklärungsmaßnahmen zu neu eingerichteten Kadern wurden 3 Personen als personelle Unsicherheitsfaktoren erkannt. Eine Einstellung dieser Personen wurde durch Einflußnahme auf die zuständigen staatlichen Stellen verhindert.

Begünstigend für Angriffe des Gegners bzw. für die nicht termin- und qualitätsgerechte Realisierung der F/E-Aufgaben können sich folgende Bedingungen, Umstände, Mängel und Missetände auswirken:

- Unzureichende Beachtung sicherheitspolitischer Anforderungen zu den perspektivisch zum Einsatz kommenden Kader durch die zuständigen staatlichen Leiter

- nicht den Erfordernissen entsprechende Bereitstellung von Kapazitäten zur Schaffung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten (Labors, techn. Ausrüstungen usw.)

- teilweise noch bestehende Kompetenzprobleme zwischen Leitungskadern der verschiedenen F/E-Bereiche in Bezug auf die Delegierung von Kadem und damit verbundener Nichtwahrnehmung Übertragener Verantwortlichkeiten

BSU

000035

GVS Hle 0064-308/87

2....

- unzureichende Möglichkeiten zur durchgängigen Gewährleistung des Geheimnisschutzes in Folge der s.Zt. noch dezentralisierten Bearbeitung der Forschungsthemen.

Zur politisch operativen Sicherung und Durchdringung des SPB sind 1 IM3 und 1 GMS eingesetzt, welche nicht über die erforderlichen subjektiven Voraussetzungen verfügen. Die Wirksamkeit der pol.op. Arbeit entspricht noch nicht den Erfordernissen. Das Informationsaufkommen reicht zur umfassenden Einschätzung der pol.op. Lage nicht aus. Im SPB wurden noch keine OV bearbeitet bzw. OPK durchgeführt.

Daraus leiten sich für die weitere politisch-operative Sicherung und Durchdringung des SPB folgende Erfordernisse ab:

- Gewährleistung einer ständigen Einflußnahme über IM in Schlüsselposition, SB und OIBS auf die Herausarbeitung und Beseitigung von Mängeln, Missetänden und begünstigenden Bedingungen/Umständen, welche die Realisierung der Aufgabenstellungen behindern.
- Suche, Auswahl und Gewinnung geeigneter IM unter neu zugeführten Kadern. Gewährleistung der aufgabenbezogenen Qualifizierung und Befähigung dieser IM.
- Ständige Gewährleistung der Einflußnahme auf den Prozeß der Auswahl, Bestätigung und Zuführung geeigneter Kader entsprechend bestehender Erfordernisse.
- Konsequente Fortführung des Aufklärungsprozesses "Wer ist Wer", mit dem Ziel der Entwicklung operativer Ausgangsmaterialien für OPK/OV.
- Gewährleistung der ständigen Einflußnahme über IM in Schlüsselposition auf die Einhaltung der Bestimmungen zum Geheimnisschutz.
- Gewährleistung der ständigen Informierung leitender Partei- und Staatsfunktionäre über erkannte begünstigende Bedingungen, Umstände, Mängel und Missetände, mit dem Ziel der Herbeiführung von Veränderungen.

Die Umweltsituation in Bitterfeld 1988

Am 27. September 1988 strahlte das BRD-Fernsehen in seiner Sendung "Kontraste" einen Beitrag über die Umweltsituation im Kreis Bitterfeld aus. Daraufhin wurde sofort eine Arbeitsgruppe der Abt. XVIII und XX der BV Halle, der KD Bitterfeld und der OD CKB aktiv und legte bereits am 30. desselben Monats eine 9-seitige "Lageeinschätzung - Umweltbelastungen im Kreis Bitterfeld" [6] vor. Der einleitende Satz lautet: "Zur angespannten Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes und auftretenden Belastungen des Territoriums Bitterfeld wurde durch die KD Bitterfeld und die OD CKB 1988 mehrfach berichtet" [6, S. 1]. Die vorliegenden Fakten waren also bekannt.

Am Anfang stand eine Beschreibung der allgemeinen sozialen Situation in der Region. Nach einem kurzen Exkurs über die jeweiligen Schadstoffe kam man zu den einzelnen Auswirkungen: Gesundheitsbeeinträchtigungen, Wirtschafts- und Bauschäden, Land- und Forstwirtschaftsschäden und Auswirkungen in anderen industriellen und zivilen Bereichen.

Der Zustand der lokalen Gewässer wurde ausführlich dargestellt, auch im Hinblick auf die flußabwärts gelegenen speziellen Gebiete (z.B. das "UNESCO-Biosphärenreservat "Steckby-Lödderitzer Forst")" [6, S. 3].

Es wurde auch angeführt, daß im Jahre "1987 insgesamt 1,669 Mio Mark Staub- und Abgasgeld bezahlt und 16,47 Mio Mark Abwassersanktionen finanziert" [6, S.4] wurden. Speziell bei Nitrosegasen belief sich das auf "eine Überschreitung der lufthygienischen Grenzwerte um 2350% und eine Überschreitung der Emissionsgrenzwerte um 199%" [6, S. 4].

Auch der Hinweis eines Mitarbeiters der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR gegenüber dem stellvertretenden Forschungsdirektor, daß man in Hamburg Schadstoffmessungen verstärkt vornehmen werde, blieb nicht unerwähnt.

Auf dem Eingabenweg wurde die Bevölkerung immer aktiver und wollte nicht mehr mit Versprechungen hingehalten werden, sondern Taten sehen.

Schließlich folgten noch Informationen über die Reaktionen in der Bevölkerung auf die Sendung selbst, und speziell widmete man sich auch den Öko-Gruppen, die zum Teil unter dem Dach der Kirche agierten.

Da dieser Bericht insgesamt die Situation verdeutlicht, wird er vollständig wiedergegeben.

3105

BV Halle, Abt. XVIII, XX, Bitterfeld, 30.09.1988
KD Bitterfeld, OD CKB

BSU
000031

18-6.10.

Lageeinschätzung - Umweltbelastungen im Kreis Bitterfeld

Zur angespannten Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes und auftretenden Belastungen des Territoriums Bitterfeld wurde durch die KD Bitterfeld und die OD CKB 1988 mehrfach berichtet.

Im Zusammenhang mit der vom BRD-Fernsehen am 27.9.88 ausgestrahlten Sendung "Kontraste" wurden durch eine Arbeitsgruppe der Abt. XVIII, XX, KD Bitterfeld und OD CKB Überprüfungen und Recherchen zur Umweltproblematik im Kreis Bitterfeld durchgeführt. Im Ergebnis der Untersuchung stellt sich die Lage wie folgt dar:

Das Territorium des Kreises Bitterfeld wird durch die strukturbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft, chemische Industrie, Kohlebergbau und Energiewirtschaft geprägt. Außerdem sind wichtige Betriebe des Maschinenbaus, der Bau- und Montageindustrie sowie der sozialistischen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft im Territorium ansässig. Mit einer industriellen Warenproduktion von 1,7 Mio M - davon 87 % durch die beiden Chemiekombinate - nimmt der Kreis Bitterfeld die dritte Stelle unter den Kreisen des Bezirkes Halle ein. Diese starke Konzentration der Produktion, vorwiegend im Ballungsgebiet Bitterfeld/Wolfen, bestimmt auch die Siedlungsstruktur. Auf einer Fläche von 454 km² leben 130.960 Einwohner (Stand 30.6.88) das sind 288 Einwohner/km². Damit gehört der Kreis Bitterfeld zu den dichtbesiedeltesten Gebieten des Bezirkes Halle (Bezirkdurchschnitt 212 Einwohner/km²). Die besondere Lage des Ballungsgebietes wird dadurch gekennzeichnet, daß die Hauptstandorte des CKB und des PCK durch einen historisch gewachsenen, engen Siedlungsgürtel umschlossen sind, in dem 68 % der Gesamtbevölkerung des Kreises wohnen. Dieser Teil der Bevölkerung ist im besonderen Maße den Umweltfaktoren ausgesetzt, da emissionsintensive Industrieanlagen in der Hauptwindrichtung der Wohngebiete liegen.

Im Zeitraum 1971 - 1983 hat sich die Bevölkerungszahl im Kreis Bitterfeld um 8.273 Einwohner (6%) verringert. Die Fluktuation betrifft besonders Produktionsarbeiter, Beschäftigte in Dienstleistungsbetrieben und Mitarbeiter des Gesundheitswesens. Trotz Verbesserungen im Wohnungsbau, im Sozialwesen und Maßnahmen der Kombinate gelang es nicht, die Zahl der Beschäftigten in der Industrie, im Bauwesen und in der Landwirtschaft zu halten bzw. zu stabilisieren.

Die Luftverunreinigungen im Kreis Bitterfeld werden durch die Hauptschadstoffe Flugasche, Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Schwefelwasserstoff, Schwefelkohlenstoff, Chlor, Salzsäure charakterisiert. Neben diesen definierten Störfaktoren beeinträchtigen stark geruchsbelästigende organische Stoffe, wie Amine, Merkapthane und Nitroverbindungen, als Stoßemissionen bereits in geringen Mengen die werkseigenen Wohngebiete Bitterfeld, Wolfen, Wolfen-Nord, Sandersdorf, Raguhn, Jeßnitz, Bobbau, Zecherndorf, Greppin und Muldenstein erheblich.

Lageeinschätzung - Umweltbelastungen im Kreis Bitterfeld vom 30.09.88 [6]

BSU
000032

Die Auswirkungen der teilweise extremen Verschmutzungen der Atmosphäre sind schwerwiegende gesundheitsschädigende Belastungen der Menschen, Mehraufwendungen und Verluste in der Land- und Forstwirtschaft und in der Industrie. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zeigen, daß im Raum Bitterfeld gegenüber Vergleichsgebieten

- insbesondere bei Kindern ein 2-3 mal höhere Bronchitishäufigkeit sowie Störungen in der körperlichen Entwicklung auftreten
 - der allgemeine Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung sich besorgniserregend darstellt und sich in einem Anwachsen des Krankenstandes äußert (Reduzierung der Lebenserwartung 3-5 Jahre)
 - Schäden und Mehraufwendungen, z.B. Reinigungsarbeiten, Werterhaltung der Wohnungen und Konsumgüter im Bürgerbereich, in Höhe von ca. 200,- M pro Kopf und Jahr vorliegen.
 - in der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Kleingärten Ertragsverluste und Mehraufwendungen in Höhe von 6 Mio M/Ja entstehen
 - in der Industrie erhebliche Verluste und Mehraufwendungen, z.B. Korrosionsverluste, Schäden an Gebäuden, Verkehrsanrichtungen und Einrichtungen in Millionenhöhe vorliegen
 - Beeinträchtigung der Filmproduktion durch Schmelzschlackenabfall der Viskosefaserproduktion (Gelbschleierbildung - trotz sehr hohen lufttechnischen Aufwendungen kommt es jährlich zu einem Schaden von über 300 Tm).
- Diese Angaben werden in der Literatur bestätigt, z.B. heißt es in "Territorialplanung" Berlin 1976:

"Mit der weiteren Entwicklung der Technik, der Automatisierung und der steigenden Energieintensität der Arbeits- und Lebensprozesse steigen zunächst auch die Belastungen der Luftqualität. Dies wirkt sich nachteilig auf die Lebens- und Produktionsprozesse besonders in den Ballungsgebieten aus. Die multifaktoriell bedingten chronischen Krankheiten (etwa chronische Bronchitis) sind im wesentlichen Umfang durch negative Wirkungen dieser Umweltfaktoren bedingt. Sie haben in bestimmten Gebieten gegenüber früher auffällig zugenommen. Dies führt zu einer Verringerung und zugleich gezielten Differenzierung der Lebenserwartung und der Morbidität. In einzelnen begrenzten, hochentwickelten Industriegebieten besteht zumindest zeitweise (...) die Gefahr einer vorzeitigen Reproduktion."

Für Industrie und Landwirtschaft ist die durch das Kreisgebiet fließende Mulde von zentraler Bedeutung. So könnten bei ausreichendem Dargebot und Gütekriterium des eingesetzten Muldenwassers zwischen 3 und 4 nahezu alle Anforderungen der Nutzer erfüllt werden.

BSU
000033

Im Gegensatz dazu wird durch fehlende bzw. ungenügende Reinigung der anfallenden industriellen und kommunalen Abwässer der Vorfluter Mulde ab Einleitungsstelle wegen völlig überlastet. Die insgesamt eingeleitete tägliche Abwasserlast mit über 2,7 Mio KW (Einwohnergleichwerte) über 750 t chemisch oxidierbaren organischen Substanzen, toxischen Stoffen und über 50 t Schlamm verwandelt die Mulde in einen Abwasserkanal mit Wasserbeschaffenheitskriterien zwischen 5 und 6 (höchste Belastung), der jede Nachnutzung unmöglich macht und die biol. Selbstreinigungskraft des Gewässers zerstört. Damit wird bereits im Kreisgebiet die Wasserbeschaffenheit der Mulde zum begrenzenden Faktor für die weitere Nutzung der Wassernutzung. Im Raum Dessau wirkt dieser Fakt noch gravierender, da auch die Kläranlage erhebliche Nutzungseinschränkungen fordert.

Da der überwiegende Anteil der durch chemisch-physikalisch eingeleiteten Schadstoffe durch natürliche Selbstreinigungsprozesse in Fluß nicht bzw. nur ungenügend eliminiert werden, sind in der Folge alle Abwasseranlieger bis zur Mündung davon betroffen. Dabei ist bereits im Raum Magdeburg Darby z.B. der Anfall aller Trinkwassergewinnungen wegen aus Fluß-Überfiltrat bereits eine Folge des gesamten Schadstoffspektrums im Abwasser, wie auch die erhöhten Aufwendungen bei der Brauchwasserreinigung. Die völlige kulturelle Entwertung des Mulde-Unterlaufes setzt sich an der Mündung im Müßebiet fort und mindert den Erholungswert der Landschaft erheblich. Die im Außenbereich der Flüsse befindlichen Landschafts- und Naturschutzgebiete wie auch das UNESCO-Biosphärenreservat "Steckby-Idderitzter Forst" werden durch die äußerst ungünstigen aquatischen Lebensbedingungen für die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich resultierender Schäden bei Überflutungen negativ beeinflusst.

Durch die Konzentration der chemischen Industrie und des Bergbaus im Kreis Bitterfeld fallen pro Jahr ca. 750 kt feste, schlackförmige und flüssige Abprodukte an. Davon werden folgende Mengen deponiert:

	Von 1970	Von 1971	Von 1972
- nicht nutzbare industrielle Abprodukte	3000 t	12000 t	-
- Aschen und Kohletrübe	66000 t	100000 t	94000 t

50 % der zu deponierenden industriellen Abprodukte sind als bedenklich bzw. toxisch eingestuft und führen zu einer starken Belastung der Umwelt. Zusätzlich zu dieser Belastung müssen jährlich noch ca. 300 kt Kommunalschlacke beseitigt werden.

BSIU
000034

4

Die derzeit in Kreis Bitterfeld unbewältigte Abproduktent-
sorgung hat zur Folge, daß die bereits genannten Schwerpunkt-
betriebe des Territoriums jährlich erhebliche Mittel (Funktionen)
veranschlagen müssen. So wurden wegen Überschreitungen der Ein-
stufungsgrenzwerte 1987 insgesamt 1,669 Mio Mark Staub- und Abgas-
geld bezahlt und 16,47 Mio Mark Abwasserfunktionen finanziert.
Darüber hinaus geht aus einer Einschätzung der städtischen
Umweltschutzinspektion hervor, daß auf Grund vorüberbedingter
Emissionen infolge einer jährlichen Umsatzsteigerung bei Vergaser-
kraftstoff um 5 % ebenfalls ansteigen. Eine 2,5 fache Steigerung
pro Jahr wird zu Emissionen aus dem erhöhten Heizölverbrauch
(Kohle) eingeschätzt.

Beispielhaft stehen folgende besonderen Gefährdungen für die
Wohngebiete Greppin und Jeßnitz.

Durch den hohen Verschleißgrad der Gelpetrolanlagen im VMB
CKB kommt es zu sehr hohen Belastungen durch Nitrobenzol. Die
Quanto der Emissionen beträgt 939 kg/Jahr. Das bedeutet eine
Überschreitung der lufthygienischen Grenzwerte um 2350 % und
eine Überschreitung der Emissionsgrenzwerte um 199 %. Was eine
Zahlung von nichtplanbaren Staub- und Abgasgeld in Höhe von
1 Mio Mark bewirkt.

Insbesondere die Absorption V der Gelpetrolanlage in Betriebs-
teil Wolfen stellt auf Grund ihres hohen Verschleißgrades einen
akuten Gefährdungsschwerpunkt insbesondere für die Gemeinde
Greppin dar.

Im Extremfall sind die Auswirkungen an Nitrobenzol durch
mögliche Mutationen so groß, daß die gesamte (erfolgreiche)
Greppin mit gesundheitlich schädigenden Konzentrationen und weite
Teile der Gemeinde Greppin (Bahnhof, Thälmannstraße, Bundesstraße)
mit lebensgefährlichen Konzentrationen belastet ist.

Die starken Geruchsbelästigungen verursacht durch Abwasser des
PCK Wolfen, CKB und ungereinigter Mikalabwässer der Stadt Wolfen
führten insbesondere in der Stadt Jeßnitz zu einer erhöhten Ein-
gabentätigkeit. Konkret bezieht sich das auf den an Jeßnitz
vorbeiführenden Abwasserkanal. Die letzte dissonantlich an die
Hauptabteilung Umweltschutz (CKB) gerichtete Eingabe vom 9.9.88
war von 31 Bürgern unterzeichnet. Weiterführend trat dabei der
Bürger

PKZ: 35 4
wohnhaft: 4405 Jeßnitz,
tätig: VR BKK Bitterfeld

in Erscheinung.

Insbesondere durch den Thürausbetrieb des VMB CKB wird das
Wasser der Mulde und Elbe extrem mit den nachgewiesenen
Krebsrogen (krabberregend) wirkenden Stoff Nitrobenzol belastet.
Der tägliche Anfall beträgt ca. 300 kg. Da dieser Stoff biologisch
kaum abbaubar ist, kann er auch im Wasser der Elbe in deren
Mündungsgebiet (Nordersee) nachgewiesen werden. Bei Dokumentieren
dieser Umweltbelastung durch das CKB kann davon ausgegangen
werden, daß dieser Punkt durch entsprechende Stellen in der BMD
als politisches Druckmittel genutzt werden kann.

BSIU
006635

5

Lösungsmöglichkeiten bestehen nur durch Veränderungen in der
Technologie des Thürausbetriebes unter Einsatz erheblicher
finanzieller Mittel.

Erkenntnisse aus der LHM 1988 belegen, daß der Mit-
arbeiter der ständigen Vertretung der BMD in der BMD
den stellvertretenden Personaldirektor des
VMB CKB mit Umweltfragen konfrontierte und zum Ausdruck brachte,
daß die BMD ihre Schadstoffmessungen im Bereich des Unterlaufes
der Elbe (Hamburg) veranlassen werden. Damit ist die Gefahr des
Erkennens der Schadstoffbelastungen durch das CKB sehr groß.
Die Eingaben in Territorium Bitterfeld, Wolfen sind über Jahre
hinweg quantitativ und inhaltlich auf die bestehenden Umwelt-
probleme ausgerichtet und haben in der Mehrheit der Fälle ihre
Berechtigung. Es zeigt sich jedoch die Tendenz, daß die Eingaben-
reicher mit allgemeinen Antworten und Versprechungen nicht
zufrieden sind, sondern konkrete abrechenbare, für sie sicht-
und spürbare Veränderungen erwarten.

Es kann eingeschätzt werden, daß die Umsetzung der sozialisti-
schen Umweltpolitik, sowohl im kommunalen als auch im industri-
ellen Bereich darauf ausgerichtet ist, Abproduktarme bzw. ab-
produktfreie Technologien in der Industrie mehr und mehr zum
Einsatz zu bringen und mit erheblichen finanziellen Aufwendungen
z.B. umfangreiche Begrünungsmaßnahmen und Rekultivierungsarbeiten
von Deponien und stillgelegten Bergbaugruben zu unterstützen.
Der weitere Ausbau der Mahrhofungsgebiete Schleitz/Wildeshausen
und Bergwitzsee sind Ausdruck für die spürbare Mühsamkeit Arbeit
auf diesem Gebiet.

Ein umfangreiches Berichtswerk sowohl beim Rat des Kreises und
in den Räten der Gemeinden als auch in den Planungsdokumenten
der Großbetriebe des Territoriums beinhaltet Aufgabenstellungen
und Maßnahmenkomplexe zur Verbesserung der Umweltprobleme im
Territorium. Trotz erreichter Teilergebnisse auf dem Gebiet des
Umweltschutzes gesamten Territoriums aus verdeutlicht werden,
daß weitere notwendige Maßnahmen erhebliche Investitionsmittel
erfordern, welche jedoch derzeit nicht im erforderlichen Um-
fang zur Verfügung stehen.

Bezugnehmend auf die "Kontraste"-Sendung des BMD-Formalismus vom
27.9.88 kann auf der Grundlage von der OD CKB und der BMD Bitter-
feld erarbeiteten Informationen zur Reaktion der Bevölkerung und
der Werktätigen auf diese Sendung eingeschätzt werden, daß es
sowohl Befürworter dieser Beiträge gibt als auch realistische
Warnungen zu verzeichnen waren, die die Sendung als eine Ein-
andererhöhung von Tatsachen (einsseitige Darstellung aus dem
Zusammenhang gerissen) mit einer geschickten Interpretation von
Erklärungen bewerten, um die Konsequenzen der Sendung gegen
die umweltpolitische Realität im Territorium zu manipulieren
und zu positionieren.

Aus dem Stimmungsbild wird ersichtlich, daß eine Vielzahl der
Einwohner die Sendung als eine Mahnung charakterisieren, um
unter der Bevölkerung Angst und Unsicherheit hervorzurufen.

BSU
000036

6

Durch Experten wurde zur "Kontraste"-Sendung eingeschätzt:

- Das Pflanzenschutzmittel DDT wird seit 16 Jahren in GDR nicht mehr hergestellt und demzufolge auch nicht deponiert.
- Die Aussage über stark verunreinigtes Trinkwasser stimmt auch nicht, da das Trinkwasser in GDR Bitterfeld aus nicht chemiebelasteten Gebieten bezogen wird.
- Die in der Sendung aufgeführte "Graphitkrankheit" gibt es nicht und ist erfunden.
- Tomaten-große Geschwülste an den Armen der Chemiewerker als Folgen berufsexpозierter Erkrankungen sind nicht bekannt.
- Der Getreidespeicher Bitterfeld wird durch den Chlorbetrieb nicht beeinträchtigt.
- Chemiewerker erhalten keinen verbilligten Alkohol als Depotat.

Die in der Sendung gezeigten Objekte und Bereiche sind für jedermann nahezu ungehindert und unkomplizierbar zugänglich. Detailinformationen zu spezifischen Umweltproblematiken wurden nicht verwendet, so daß ein Informationsabfluß geheimhaltender Informationen ausgeschlossen werden kann.

Im Rahmen des operativen Kontrollprozesses zu Verhandlungen zur Friedensdekade der Evangelischen Kirche in der DDR wurden durch die KD Bitterfeld Informationen zum Auftreten der Person

geb. am: in: 1948 -
Wohnort: Bitterfeld,
Beruf: Mohrlager - Mannarvernehmung Halle,
Abt. Mohrreitscherei Bitterfeld
PKZ: 43 4
IKK - KD Bitterfeld

am 09.11.1987 im ev. Lutherhaus Bitterfeld erarbeitet.
Der hielt einen Vortrag zur Thematik "Dasein und Umwelt" - "Wo stehen wir?" mit Schwerpunkten zur Luftverunreinigung, Müllbelastung, Abwasserproblemen sowie zu den in Bitterfeld vorhandenen Mülldeponien und Tagebauen.
Unter Leitung von bildete sich im November 1987 im Lutherhaus Bitterfeld eine "Gruppe für Natur und Umwelt der Kirchengemeinde Bitterfeld", die aus ca. 15 Personen besteht und sich im Abstand von 2-3 Wochen trifft. Weitere kirchliche Zusammenschlüsse auf dem Gebiet Ökologie/Umweltschutz bestehen zur Zeit im Verantwortungsbereich der KD Bitterfeld nicht.
Mit Datum vom 16.2.88 richtete diese Gruppe eine Eingabe an den Generaldirektor des GKB mit Forderungen nach spürbarer Reduzierung des Stickoxidausstoßes der Ammoniak-/Salpeter-Produktionsanlage sowie zur Reduzierung der landwirtschaftlichen Stickstoff-Überdüngung zur Beseitigung der Nitrat-/Nitritbelastung bei Futterpflanzen und Trinkwasser.

BSU
000037

7

Die entsprechende Antwort des Generaldirektors wurde in einer Auswertung am 16.4.88 im Lutherhaus als unzureichend eingeschätzt und die Überendung eines ausführlichen Berichtes über die Umweltsituation im Kreis Bitterfeld an das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft unter Zufügung von konkreten Veränderungsvorschlägen angekündigt.

Nach der Gründung der "Arche - Das grüne Netzwerk in der Evangelischen Kirche" von Öko-Gruppen im Januar 1988 in Berlin trafen erstmals Vertreter dieses überregionalen Zusammenschlusses am 13.4.88 zur "Teestunde" im Lutherhaus auf und informierten über ihre Aktivitäten. Bei einer Besichtigung des Lutherhauses schätzten es die Vertreter der Umweltbibliothek Berlin als geeignet für internationale Tagungen ein.

Durch die HA I wurde bekannt, daß sich der am Anfang Juli 1988 im Umfeld des VMB Chemische Werke Agrotex Pirna, SP Brandenburg, Meißner Landstr. 138 aufhielt und verweilte, bei Anwohnern Informationen über hochtoxische Umweltschadungen des Betriebes zu erhalten. Er gab sich dabei als Chemie-Ingenieur und Mitarbeiter der Organisation "Grünes Netzwerk" aus. Gleichfalls im Juli 1988 empfing der bei der Stadtverwaltung in Bitterfeld um eine Genehmigung zum Betreten und Fotografieren der Mülldeponie der Brikettfabrik Bitterfeld und wies sich als Mitglied des "Grünen Netzwerkes" aus. Nach der entsprechenden Verweigerung der Genehmigung wurde der Tage später auf der Mülldeponie festgestellt. Seinen Aufenthalt erklärte er mit betrieblichen Aufgaben als Wasserwerker. Während der Besichtigung einer Führung an der Wasserverweigerung der Müllschale Helfen am 17.8.88 informierte die Direktorin über seine Absicht, mit jugendlichen Interessenten eine Umweltschutzgruppe aufbauen zu wollen.

Er übergab ihr ein Exemplar der "Arche-INFO 1/88" des "Grünen Ökologischen Netzwerkes der Ev. Kirche von Berlin-Brandenburg".

Im Rahmen von operativen Kontrollmaßnahmen konnte durch die KD Bitterfeld dokumentiert werden, daß der Verbindungen zu feindlich-negativen Kräften im Verantwortungsbereich unterstellt, sowie über diese in Kontakt zum Leiter des kirchlichen Planungsbereiches Wittenberg

Dr. Gensichen, Hans-Peter
ZOV "Konflikt" TV Nr. 5

gebracht wurde.
In einem IM-Bericht der KD Bitterfeld vom 20.9.88 wird eingeschätzt, daß seit ca. 4 Wochen in Berlin einen gewissen als ehrenamtlicher Umweltschutzinspektor und sich in dieser Funktion sehr oft auf Mülldeponien aufhält. Gegenüber dem IM erwähnte, daß er Anlaufpunkt der "Arche Nova" von Berlin sei und durch deren Mitarbeiter Wilmshofen in Bitterfeld getätigt wurden.

000033

Zu den anderen Mitgliedern der "Gruppe für Natur und Umwelt" der Kirchengemeinde Bitterfeld liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Hinweise auf Verbindungen zum "Grünen Netzwerk" vor. Der HA XX sind auch keine weiteren Verbindungen von Berlin in den Raum Bitterfeld bekannt.

Am 25. 9. 1988 sollte während der "Teestunde" im Lutherhaus ein Video-Vortrag zu Umweltproblemen des Kreises Bitterfeld durch 2 Berliner Vertreter des "Grünen Netzwerkes" von ca. 40 min Länge gezeigt werden. Durch die Nichtanreise von 2 Personen aus dem Raum Osterberge, die das Video-Band in Besitz hatten, kam es nicht zum Vortrag.

Die Ausgabe "Arche Nova" vom 1.7.88 des "Grünen Netzwerkes" der Ev. Kirche in der DDR, die im August 1988 im Umlauf gebracht wurde, befaßt sich mit einem Beitrag unter dem Thema "Im Mittelpunkt steht der Mensch/Bitterfeld, eine schwerbelastete Region und ihre Menschen - Versuch einer Einschätzung!" mit den Umwelt- und Ökologieschäden im Raum Bitterfeld. Verwiesen wird zum Abschluß des Berichtes darauf, daß der Kontakt zum Autor des Beitrages aufgrund einer speziellen Situation nur über die Redaktion möglich ist.

In der "Kontraste"-Sendung der ARD vom 27.9.88 sind teilweise identische Aussagen wie in der "Arche Nova" getroffen worden.

Politisch-operative Schlussfolgerungen

- Organisation einer wirksamen vorbeugenden, schadensabwehrenden Arbeit durch den zielgerichteten Kräfte- und Mitteleinsatz sowie das abgestimmte Vorgehen mit den Partnern des operativen Zusammenwirkens zur konsequenteren Durchsetzung der Bestimmungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes in den Produktionsprozessen und der Deponie und offensiven Beseitigung sofort veränderungsbedürftiger Zustände.

Sicherheitspolitisch bedeutsame Hinweise zu subjektiv verursachten bzw. zugelassenen Verstößen gegen die Bestimmungen des Umweltschutzes werden zielgerichtet in operativen Materialien geklärt.

- politisch-operative Einflußnahme auf die staatlichen Leitungen der Betriebe, Kombinate sowie kommunalen Einrichtungen zur Gewährleistung des wirksamen Geheimnisschutzes zu Fragen des Umweltschutzes
- operative Einflußnahme zur Aktivierung von parteilichen und staatlich-dienstlichen Kontrollprozessen bei der Umsetzung umweltpolitischer Beschlüsse und Aufgabenstellungen im Territorium
- Intensivierung des IM/GMS-Einsatzes und geeigneter offizieller Kräfte zur Präzisierung des Stimmungsbildes auf dem Gebiet Ökologie und Umweltschutz
- Fortführung der ständigen, aktuellen Eingabenanalyse zur Herausarbeitung von Inspiratoren und Organisatoren im Sinne der politischen Untergrundtätigkeit wirkenden Kräfte.

000

000039

- Aufnahme der politisch-operativen vorgangsmäßigen Bearbeitung von ■ als verantwortlichen Organisator und Inspirator sowie Laufpunkt der "Gruppe für Natur und Umwelt" der Kirchengemeinde Bitterfeld
- Einleitung von Maßnahmen der Nachweissicherung des Mißbrauches der Geheimhaltung einer ehrenamtlichen Tätigkeit als Umweltingenieur durch ■
- "Wer ist Wer?"-Aufklärung aller Mitglieder der "Gruppe für Natur und Umwelt" der Kirchengemeinde Bitterfeld
- Koordinierung mit der HA XX und der BV Berlin, Abt. XX zur Aufklärung des Charakters der Verbindung des ■ zum "Grünen Netzwerk" und zur Unterbindung weiterer feindlich-negativer Aktivitäten im Raum Bitterfeld

Durch die gebildete Arbeitsgruppe wurden die in der Sendung "Kontraste" gezeigten Objekte und Bereiche vor Ort inspiziert und die aktuelle Situation fototechnisch dokumentiert. Die Bilddokumentation wird am 4.10.88 als Anlage nachgereicht.

Leiter der Abt. XX

Grüger
Oberst

Leiter der Abt. XVIII

Schödig
Oberstleutnant

Leiter der Kreisdienststelle

Malzahn
Oberstleutnant

Leiter der (O) GKB

Kirchner
Oberstleutnant

In der genannten "Lageeinschätzung - Umweltbelastungen im Kreis Bitterfeld" [6] wurden auch 'Experten-Einschätzungen' herangezogen. Auf Seite 6 äußerte ein solcher 'Experte': "Das Pflanzenschutzmittel DDT wird seit 16 Jahren im CKB nicht mehr hergestellt und demzufolge auch nicht deponiert."

In der "Information über bestehende Umweltgefährdungen infolge der Deponierung von DDT" [38] vom 03.07.87 unterrichtete die OD CKB die BV Halle (die Information ist in der AKG der BV Halle aufgefunden worden) über nachfolgenden Sachverhalt (es werden die wesentlichen Teile der Information zitiert, da die Unterlagen von sehr schlechter Qualität und deswegen nicht wiedergebar sind):

"Durch den GMS "Herbert", VIII 1934/84, wurde folgender Sachverhalt bekannt:

Bei Aufschlußarbeiten zum Braunkohlentagebau Köckern wurden durch einen Abraumbagger des VEB BKK Bitterfeld Teile der ehemaligen "Deponie Heideloh" angeschnitten. Die Lage der Deponie soll nach bisher vorliegenden Informationen nicht in den für den Tagebaufaufschluß verwendeten Gebäudekarten eingezeichnet gewesen sein. Beim Anschnitt der Deponie traten Geruchsbelästigungen ein, welche in der Folge auch zu akuten Krankheitssymptomen beim Baggerpersonal führten.

Durchgeführte Untersuchungen ergaben, daß in der Deponie eine bisher nicht bekannte Menge des früher hergestellten Pflanzenschutzmittels DDT (Charakteristik siehe Anlage) eingelagert wurde. Das DDT ist in Plastetaschen verpackt. Die Einlagerung erfolgte bisher vorliegenden Informationen zufolge durch das ehemalige Elektrochemische Kombinat Bitterfeld (EKB) etwa Ende der 60er Jahre. Die Deponie umfaßt eine Fläche von ca. 5000 m². Sie hat eine Mächtigkeit von ca. 4 m, so daß mit einer eingelagerten Menge von ca. 20000 m³ Industriemüll gerechnet werden muß. Der Anteil des DDT daran ist bisher nicht bekannt.

...

Das Gebiet der Deponie liegt in der Zone der Randsiegelentwässerung des Tagebaus Köckern. Durch die Wasserwirtschaftsdirektion Saale-Weiße Elster (WWD) ist geplant, das Wasser aus der Randsiegelentwässerung im Wasserwerk Zschepkau zu Trinkwasser aufzubereiten. Im Ergebnis bisheriger Untersuchungen wurden bei 3 Brunnen erhöhte Kohlenwasserstoffgehalte im geförderten Wasser festgestellt.

...

Durch BKK Bitterfeld wurde eine sofortige Entscheidung über die weitere Vorgehensweise gefordert, da das Gebiet in max. 4 Wochen umbaggert ist. Die Deponiestelle wird vorerst umgangen. In der Beratung wurden folgende Vorschläge zur Lösung des Problems unterbreitet, welche weiter auf ihre Realisierbarkeit geprüft werden.

1. Auf der Deponie Freiheit III ist eine Stelle mit Tonunterlage herzurichten. Die aus der "Deponie Heideloh" zu verlagernden Massen sind an dieser Stelle zu stapeln. Die Halde ist abschließend zu versiegeln. Der Transportraumbedarf wird auf ca. 50 BKK-Züge geschätzt. Die Maßnahme würde einen Kostenaufwand von ca. 10 Mio M erfordern.
2. Die aus der "Deponie Heideloh" auszulagernden Massen sind auf der Deponie Freiheit III ohne zusätzlichen Schutz zu deponieren. Aus dem Gebiet der Deponie Freiheit III bezieht der VEB CKB jedoch Brauchwasser. Es muß durch Experten geprüft werden, inwieweit eine solche Variante unter Beachtung der an das Brauchwasser gestellten Anforderungen realisierbar ist.
3. Die Massen sind am jetzigen Standort zu belassen. Die Deponiestelle ist seitlich und oben abzudichten (z. B. mit Ton). Die Gefahr der Ausspülung von Schadstoffen in den Untergrund kann damit jedoch nicht vollständig beseitigt werden. Die Kosten für diese Variante wurden auf ca. 1 Mio M geschätzt.
4. Neben der jetzigen Deponie ist in einem noch vorhandenen Restloch eine Schadstoffdeponie einzurichten, in welche die Massen zu deponieren sind. Die hierfür erforderlichen Kosten sollten durch BKK Bitterfeld bis 29.06.87 ermittelt werden.
5. Die o.g. 3 Brunnen sollten nicht für die Trinkwasseraufbereitung genutzt werden. Das Wasser ist wie bisher über einen Vorfluter abzuleiten.

Durch den Gen. Dr. *****, die Vertreter der WWD und des STUI wurde auf die Realisierung der Varianten 2. oder 4. orientiert.

...

Durch die CKB-Vertreter und weitere Sachverständige des Kombinates wurde und wird der Standpunkt vertreten,

- die Massen in der jetzigen Deponie lagern zu lassen
- die Deponie seitlich und von oben zu versiegeln
- die drei betreffenden Brunnen nicht in die Trinkwasseraufbereitung einzubeziehen.

Dieser Standpunkt wurde wie folgt begründet.

- a) Die aus der Umlagerung entstehenden Gefährdungen für die daran beteiligten Personen dürfen nicht unterschätzt werden und sind bisher in ihrem Ausmaß nicht kalkulierbar. Allein das bisherige mehrmalige Anschneiden der Deponiestelle durch den Bagger führte zur Freiset-

zung von DDT, welches gesundheitliche Störungen bei den Baggerbesatzungen hervorrief. Bei der Umlagerung wären Sicherheitsvorkehrungen von erheblichem Umfang zum Schutz von Menschen und Umwelt erforderlich. Beispielsweise müßte das beteiligte Personal vollständige Schutzbekleidung einschließlich Atemschutzgeräte/-masken tragen. RdB, WWD und STUI orientieren hierzu auf den Einsatz von Kräften der NVA oder der ZV.

- b) Mit Realisierung der Variante 2. würden Schadstoffe bzw. Gifte mit hohem finanziellen und materiellen Aufwand auf einer nicht den Erfordernissen entsprechenden Deponie gelagert werden.
- c) Die vorgesehene Umlagerungsaktion könnte sich zu einem brisanten politischen Problem entwickeln. Ein Bekanntwerden der Aktion in der Öffentlichkeit kann durch Umfang sowie Art und Weise der Realisierung nicht verhindert werden. Es muß somit mit einer erheblichen Verunsicherung der Bevölkerung sowie mit einem entsprechenden Wirksamwerden des Gegners gerechnet werden.

...

Weitere Informationen zum Sachverhalt liegen gegenwärtig nicht vor. Das Problem wird durch Einsatz weiterer IM/GMS unter op. Kontrolle gehalten. Es wird nachberichtet.

Vorgeschlagene Maßnahmen:

- Übergabe der Information an den 1. Stellv. des Leiters der BV, an die Abt. XVIII, die AKG und die KD Bitterfeld. Gewährleistung der Einflußnahme durch die Abt. XVIII auf den Stellv. Bereich Umweltschutz und Wasserwirtschaft beim RdB, die WWD und STUI zur Herbeiführung einer sachgerechten Entscheidung unter Beachtung der unter a) bis c) genannten Probleme.
- Informierung des Mitglieds des Politbüros und 1. Sekretärs der BL der SED, Gen. H.J. Böhme.
- Übergabe der Ifo an das Referat PASI der OD CKB zu Einleitung weiterer Überprüfungs- und Kontrollmaßnahmen unter Einsatz geeigneter IM/GMS in Schlüsselposition.
- Auswertung der Information in der Lageeinschätzung und Ablage der Ifo in der ZMA der DE.
- Gewährleistung der Nachberichterstattung bei Vorliegen weiterer op.-bedeutsamer Informationen.

Leiter der DE
i.V.
Huth
Major“ [38]

Der 'Experte' hatte eigentlich Recht, aber es war DDT freigesetzt worden, und Menschen wurden dabei verletzt. Die Informationen in der "Kontraste"-Sendung waren also nicht falsch. Ob die anderen 'Experten'-Einschätzungen ebenso zu werten waren, ist durch die vorliegenden Unterlagen nicht belegbar.

Den Abschluß der Information bildete eine "Charakteristik von DDT"

Trivial- bzw. Handelsname:	Dichlordiphenyltrichloräthan (DDT)
IKAPAC-Name:	1,1,1-Trichlor-2,2-bis(4-Chlorphenyl)ethan
Formel:	C ₁₄ H ₉ Cl ₅
Rechtsgrundlage:	Giftgesetz vom 07.04.77 (2. DB vom 15.08.84)
Gift der Abt.:	2
MAK-Wert:	1 mg/m ³
LD 50 po. Ratte:	180-280 mg/kg
LD 100 po:	200 und weniger mg/kg
Geruch:	angenehm
Geschmack:	ohne
Löslichkeit in Wasser:	schwer löslich
Dichte:	1,54 g/cm ³
Erscheinungsbild:	kristallisiert in farblosen langen Nadeln
Verwendung:	Vom Einsatz als PSM wurde wegen der Gefährlichkeit und schweren Abbaubarkeit international Abstand genommen. DDT wurde eingesetzt als Mittel gegen beißende Insekten im Acker-, Obst- und Gemüsebau; zur Leerraum- und Sachentwesung; in der Forstwirtschaft bei Massenvermehrung von Schädlingen; in der Veterinärmedizin gegen Flöhe und Läuse; in der Humanhygiene gegen Malariaüberträger Moskitos und Mücken.
Symptome bei Vergiftungen:	Frühsymptome sind nervöse Übererregbarkeit (Schreckhaftigkeit) und Zuckungen, die später in ständiges Zittern vor allem der Extremitäten übergehen. Es treten auf:

Geschmacks- und Gefühlsstörungen, unsicherer Gang, Gleichgewichtsstörungen, Schwindelgefühl, Kopfschmerzen, Übelkeit, Erbrechen, Leibschmerzen, Durchfall, Krämpfe, Atemnot, Herzrhythmusstörung und Bewußtlosigkeit.

Bei schweren Vergiftungen treten Leber- und Nierenschäden auf. Durch DDT-Einwirkungen auf die Augen kann eine vorübergehende Erblindung eintreten. Herzversagen oder Atemlähmung führen zum Tod.“ [38, Anlage 1]

3.3. Kombinat VEB Leunawerke “W. Ulbricht“

Unkenntnis der Belastungen am Arbeitsplatz

Den Mitarbeitern der Gruppe Tenside der Abteilung Forschung der Betriebsdirektion Konsumgüter war klar, daß sie in einer stark belasteten Arbeitsumgebung tätig waren. Aber worin die Belastung bestand und wie stark sie war, wurde ihnen vorenthalten. Als dann plötzlich zwei Fälle von Brustkrebs auftraten, wurden sie aktiv.

Mitte April 1987 richteten sie an den Kreisvorstand der IG Chemie Leuna eine Kollektiveingabe, in der gefordert wurde, “alle weiblichen Angehörigen des Kollektivs einer Reihenuntersuchung zu unterziehen“ [36, S. 1].

“Intern wurde bekannt, daß seit ca. 6 Wochen eine Kollektiveingabe ... beim Kreisvorstand der IG Chemie Leuna vorliegt.

...
Durch den Kreisvorstand wurde diese Eingabe bisher nicht beantwortet, was dazu führte, daß die Kollektivmitglieder bereit sind, eine Staatsratseingabe zu konzipieren, wenn nicht in kürzester Zeit eine Lösung erfolgt, zumal auch keine Verringerung der Umweltbelastungen feststellbar sei.“ [36, S. 1]

Dieser Sachstand löste sofort Aktivitäten des MfS aus. Am Tage des Berichts wurde eine Aussprache des ärztlichen Direktors der Poliklinik mit den Mitarbeitern durchgeführt. Ob die verwendeten Argumente stichhaltig waren oder lediglich nur beruhigen sollten, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

2913

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BS:U
090114

Bezirksverwaltung Halle

Halle, 27. 5. 1987

Blatt

Exemplar

Nr. 115/ 87

Eingegangen
27 0 5 87
PS 05

INFORMATION
über

eine Kollektiveingabe an den Kreisvorstand der IG Chemie von weiblichen Werktätigen der Gruppe Tenside des VEB Leuna-Werke mit der Forderung nach einer Reihenuntersuchung wegen Brustkrebsgefährdung

Intern wurde bekannt, daß seit ca. 6 Wochen eine Kollektiveingabe der Gruppe Tenside der Abteilung Forschung in der BD Konsumgüter beim Kreisvorstand der IG Chemie Leuna vorliegt.

Gegenstand der Eingabe ist die Forderung, alle weiblichen Angehörigen des Kollektivs einer Reihenuntersuchung zu unterziehen, da in Kollektiv zwei Fälle von Brustkrebs aufgetreten sind und ein Zusammenhang zwischen der erhöhten Umweltbelastung (Kontaktfabrik Süd und Aninfabrik, Überschreitung der gesetzlichen MAK-Werte) an diesen Arbeitsplätzen und den Erkrankungen vermutet wird.

Durch den Kreisvorstand wurde diese Eingabe bisher nicht beantwortet, was dazu führte, daß die Kollektivmitglieder bereit sind, eine Staatsratseingabe zu konzipieren, wenn nicht in kürzester Zeit eine Lösung erfolgt, zumal auch keine Verringerung der Umweltbelastungen feststellbar sei.

Es wurde vereinbart, daß der ärztliche Direktor der Poliklinik im Rahmen einer Aussprache am 27. 5. 1987 die Mitarbeiter der Gruppe Tenside darüber informiert, daß auch international keine Hinweise vorliegen, daß erhöhte Belastungen durch Stickoxide und Amino zu Brustkrebs führen können.

Reaktion auf eine Kollektiveingabe [36]



4. Planungen, Instandhaltungen, Investitionen, Preise

Import und Export im Bereich der Chemieindustrie

Der Außenhandel mit Produkten und Know-how der chemischen Industrie spielte eine wesentliche Rolle in der DDR. Dementsprechend verschaffte sich das MfS Informationen von IM (offensichtlich beiderseits der Mauer) und OibE über die Vorgänge, die wichtig zu sein schienen. Anlässlich der Leipziger Herbstmesse 1985 entstand die "Information über Auffassungen und Vorstellungen führender Vertreter von Konzernen kapitalistischer Staaten, insbesondere der BRD, zur weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR" [32] vom 25. 11. 1985 an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, Hans-Joachim Böhme, und wurde von ihm am Folgetag abgezeichnet [32, S. 1]. Die Information spricht für sich selbst und wird deshalb unkommentiert gebracht.

In dem Aktenmaterial wurden wieder einige Stellen mit einem Textsignalist markiert, sie werden hier wiedergegeben:

- S.1 INFORMATION über Auffassungen und Vorstellungen führender Vertreter von Konzernen kapitalistischer Staaten, insbesondere der BRD, zur weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR

Bestrebungen

Erlangung einseitiger Vorteile für die Konzerne auf Gebiete zu konzentrieren, auf denen die DDR einen guten Entwicklungsstand hat; Wirtschaftsvereinbarungen mit der DDR auf solchen Gebieten auszuweichen, deren Realisierung damit verbunden wäre, der DDR "know how" zur Verfügung zu stellen;

- S. 2 Vorstand des BRD-Konzerns HOECHST AG Vorstellungen, die Zusammenarbeit mit der DDR insbesondere auf den Gebieten der C-1-Chemie - mit dem Schwerpunkt Methanolforschung im VEB Kombinat Leuna Werke - und bei der Rekonstruktion der Karbid-Öfen im VEB Kombinat Chemische Werke Buna, wo die DDR-Seite gute Lösungen habe und anwende, weiterzuentwickeln. USA-Konzern DOW CHEMICAL, ... Angebote zur Rekonstruktion der Chloralkalielektrolyse im VEB Chemiekombinat Bitterfeld unterbreitete.

machten Vertreter der Konzerne MAN/BRD und FIAT/Italien Forderungen geltend, für ihre Käufe aus der DDR - gewissermaßen als Gegenleistung - bei der Realisierung von Anlagenimporten der DDR aus dem NSW entsprechend berücksichtigt zu werden.

S. 3 zurückhaltende Positionen ... "know how"

Dies bezog sich u. a. auf Erkenntnisse in der Biotechnologie und Membrantechnologie, wie sie die DDR für die Rekonstruktion der Chloralkalielektrolyse im VEB Chemisches Kombinat Bitterfeld benötigt.

Des weiteren richten sich die Informationsinteressen auch darauf, die Liefermöglichkeiten der DDR umfassend aufzuklären, um auf dieser Grundlage dann das Interesse am Bezug solcher Exporterzeugnisse besonders zu betonen, an deren Absatz die DDR gegenwärtig nicht interessiert ist bzw. wo bestimmte Engpässe bestehen oder entstehen könnten. Auf diese Weise sollen entsprechende Informationen beschafft werden, die geeignet sind für den offiziellen "Nachweis", daß nicht die restriktiven Maßnahmen der BRD-Seite, sondern die Lieferschwierigkeiten der DDR Grenzen für die Ausweitung der Handelsbeziehungen setzen würden.

Anstrengungen ... verstärkte Kontakte zu Wissenschaftlern und Technikern in den Kombinat und Betrieben der DDR herzustellen,

S. 4 Insgesamt wurden Versuche sichtbar, mit der Übernahme von Lizenzen und Verfahren aus der DDR zugleich auch das Recht zu erwerben, diese international als "Alleinanbieter" zu vertreten.

S. 5 Vertraulich wird zu dieser Vorgehensweise eingeschätzt, daß derartige Vertragsangebote die Gefahr in sich bergen, sogenannte "Lizenzblockaden" gegenüber der DDR zu errichten. Das "Alleinvertretungsrecht" könne unter Umständen zum „Liegenlassen“ der Lizenzinhalte mißbraucht werden und spätere Exportziele und -Interessen der DDR gefährden.

Im Auftreten der Vertreter kapitalistischer Unternehmen konnten im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Embargomaßnahmen gegenüber der DDR unterschiedliche Auffassungen festgestellt werden. Einerseits wurden Standpunkte vertreten, die Bestimmungen des Technologietransfers unbedingt einzuhalten; andererseits wurde die Bereitschaft zur Umgehung dieser Bestimmungen bekundet.

2228 189/ 26 Nov 1985 - 05

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Halle

Halle 25. 11. 1985

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

BSU
000076

Nr. 237 / 85

Blatt
Exemplar

Zur persönlichen Information
des Gen. Böhme

INFORMATION
über

Auffassungen und Vorstellungen führender Vertreter von Konzernen kapitalistischer Staaten, insbesondere der BRD, zur weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR

Den MfS wurden im Zusammenhang mit der Leipziger Herbstmesse 1985 intern Auffassungen, führender Konzernvertreter kapitalistischer Länder, insbesondere der BRD, bekannt, die von ihnen mit der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR verfolgte Ziele und Absichten sowie von ihnen dabei gesehene Bedingungen/Voraussetzungen deutlicher erkennen lassen.

Dabei handelt es sich insbesondere um Bestrebungen:

- die weitere Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR zur Erzielung einseitiger Vorteile für die Konzerne auf Gebieten zu konzentrieren, auf denen die DDR einen guten Entwicklungsstand erreicht hat;
- Wirtschaftsvereinbarungen mit der DDR auf solchen Gebieten auszuweiten, deren Realisierung damit verbunden wäre, der DDR "know how" zur Verfügung zu stellen;
- im Interesse dieser Absichten sowie zur Schaffung langfristiger Abhängigkeiten der DDR in Erfahrung zu bringen, wie seitens der DDR in Vorbereitung des XI. Parteitag "die Weichen für wirtschaftspolitische Entwicklungen gestellt werden".

Auffassungen und Meinungen führender Konzernvertreter [32]

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000077

Mit der Absicht der Erlangung einseitiger Vorteile unter Nutzung des fortgeschrittenen Standes der DDR in der Forschung und Entwicklung bestehen z. B. in Vorstand des BRD-Konzerns HOECHST AG Vorstellungen, die Zusammenarbeit mit der DDR insbesondere auf dem Gebiet der C-1-Chemie mit dem Schwerpunkt Mathematischer Forschung im VEB Kombinat Leuna-Wecke und der Rekonstruktion des Karbid-Ofens im VEB Kombinat Chemische Werke Buna, wo die DDR seitens guter Lösungen habe und anwende, weiterzuentwickeln. Diese Absicht treffe auch auf das Gebiet gemeinsamer Anlagengeschäfte bei Vorhaben zu, auf denen der DDR-Chemiesanlagensbau über einen Vorlauf verfüge.

Bestrebungen, Beteiligungen an Vorhaben in der DDR zu erreichen und dabei ebenfalls einseitig vorteilhafte Geschäftsabschlüsse zu erlangen, verfolge auch der MANNESMANN-KONZERN im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Errichtung einer Aufbereitungsanlage für Flugstaub bei der Kupferverhüttung. (Ausnutzung seiner Stellung als Alleinanbieter für diesen ökonomisch wichtige und dem Umweltschutz dienende Vorhaben für überhöhte Preisforderungen.)

Diese Absicht verfolge auch der USA-Konzern DOW CHEMICAL, der sein geschäftliches Interesse an einer Beteiligung an Erweiterungsinvestitionen in VEB Synthesewerk Schwarzeheide bekundete und Angebote zur Rekonstruktion der Chloralkalielektrolyse im VEB Chemiekombinat Bitterfeld unterbreite.

Ähnliche Absichten würden von Vertretern verschiedener Konzerne mit ihren Vorstellungen in Zusammenhang mit bevorstehenden und erwarteten wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf dem XI. Parteitag der SED für den kommenden Fünfjahrplan-Zeitraum 1986 bis 1998 verfolgt.

Entsprechende Vorschläge für die Realisierung künftiger Objekte waren mehrfach mit dem Hinweis verbunden, daß man fest davon ausgehe, durch die DDR berücksichtigt zu werden.

So nachsten Vertreter der Konzerne MAN/BRD und FIAT/Italien Forderungen geltend, für ihre Käufe aus der DDR - gewissermaßen als Gegenleistung - bei der Realisierung von Anlagenimporten der DDR aus dem NSW entsprechend berücksichtigt zu werden.

Nach Vorstellungen von Konzernvertretern sollen Kontakte zu Industrieministern der DDR und zu Generaldirektoren auch dehnend ausgenutzt werden, sich "vor ab" über Anlagenimportabsichten der DDR informieren zu lassen. Dabei wurde die Zielstellung erkennbar, Festlegungen, die der konsequenten Durchsetzung des Außenhandelsmonopols (Nachfragemonopol) entsprechen, zu unterlaufen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000078

Im Zusammenhang mit den intensiven Bemühungen der DDR um weitergehende Wirtschaftskontakte und den Abschluß von Geschäften mit führenden Konzernen des NSW (z. B. zu führenden Vertretern der VOEST-ALPINE) wurden Tendenzen sichtbar, daß Vertreter dieser Konzerne u. a. auch unter Hinweis auf gute politische Kontakte versuchten, einseitige ökonomische Vorteile für ihre Konzerne zu erreichen.

Im Unterschied zu vorgenannten Vorstellungen und Absichten verdeutlichen Bemerkungen verschiedener Konzernvertreter aber auch, daß bei der weiteren Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zurückhaltende Positionen auf solchen Gebieten bezogen werden, die mit der Überlassung von "know-how" an die DDR verbunden wären.

Von bezog sich u. a. auf Erkenntnisse in der Biotechnologie und Membrantechnologie, wie sie die DDR für die Rekonstruktion der Chloralkalielektrolyse im VEB Chemisches Kombinat Bitterfeld benötigt.

Entsprechend vertraulichen Hinweisen liegen dem HOECHST-Konzern in der Forschung auf dem Gebiet der Biotechnologie fortgeschrittene Erkenntnisse zur Genforschung und deren mögliche militärische Nutzung vor, die zugleich einen Vorsprung gegenüber amerikanischen Forschungseinrichtungen aufweisen.

Bekanntgewordene langfristige "Informationsbedürfnisse" von Konzernen waren vor allem darauf gerichtet, die Bezugsmöglichkeiten der DDR für Endergüter und die Lieferwege für den Import derartiger Erzeugnisse auszuforschen (VOEST-Alpine, SIEMENS AG).

Darüber hinaus waren die Bemühungen auch auf das Herausfinden von Ansatzpunkten für das Eindringen in die wirtschaftspolitischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der DDR mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern deutlich zu erkennen.

Des weiteren richteten sich die Informationsinteressen auch darauf, die Liefermöglichkeiten der DDR umfassend aufzuklären, um auf dieser Grundlage dann das Interesse an Bezug solcher Exporterzeugnisse besonders zu betonen, an deren Absatz die DDR gegenwärtig nicht interessiert ist bzw. wo bestimmte Engpässe bestehen oder entstehen könnten. Auf diese Weise sollen entsprechende Informationen beschafft werden, die geeignet sind für den offiziellen "Nachweis", daß nicht die restriktiven Maßnahmen der BRD-Seite, sondern die Lieferschwierigkeiten der DDR Grenzen für die Ausweitung der Handelsbeziehungen setzen würden.

In weiteren Vorstellungen von Konzernvertretern spiegeln sich umfangreiche Anstrengungen von BRD-Chemie- und Konzernen des Maschinenbaus wider, verstärkte Kontakte zu Wissenschaftlern und Technikern in den Kombinat und Betrieben der DDR herzu-

BSU
000079

4

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

stehen, was besonders in einer gezielten Einladungspolitik nachhaltig zum Ausdruck kam.

So hatte sich die Anzahl von Aufforderungen zu Standbesuchen und zu Gesprächen während der Leipziger Herbstmesse im Bereich des Schwermaschinen- und Anlagenbaus gegenüber der Herbstmesse 1984 verdoppelt.

Im Verlauf derartiger Kontaktabbahnungen erfolgte eine zielgerichtete und umfassende Selbstdarstellung und Präsentation des Leistungsvermögens der Konzerne auf technischem und technologischen Gebiet und die Hervorhebung der Vorzüge einer Zusammenarbeit der über eine hohe Qualifikation verfügenden Wissenschaftler der DDR und der BRD. Zugleich gab es Beeinflussungsversuche, um bei den in den Kombinat und Betrieben tätigen Wissenschaftlern und dem ingenieurtechnischen Personal Importbedürfnisse und -wünsche zu wecken und diese über diese Personen an entscheidungsbefugte Organe zur Auslösung von NW-Importen herantragen zu lassen.

Im Messelauf bei Geschäftsanbahnungen, insbesondere im Bereich des Maschinenbaus, nur allgemein geäußerte Einkaufsabsichten erfolgten ebenfalls mit dem Hinweis, konkretere und spezifischere Gespräche und mögliche Vertragsabschlüsse auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Insbesondere wollte man dafür spezielle Fachmessen, auf denen den Welthochstand repräsentierende Anlagen, Ausrüstungen und Technologien offeriert werden, nutzen.

In den Kontaktgesprächen mit Wissenschaftlern und Technikern war auch erkennbar, bestimmte Projekte nur "anzudiskutieren", um damit zu erreichen, einmal geschaffene Kontakte nach Beendigung der Messe möglichst in der BRD fortsetzen zu können.

In der Kontaktarbeit der Konzerne zu den wissenschaftlich-technischen Einrichtungen der Kombinate und Betriebe wurden erstmalig Anfragen an das Zentrale Lizenzbüro der DDR gerichtet bzw. Interessen für bestimmte Geschäfte bekundet. Dies betraf insbesondere Anfragen auf den Gebiet der EDV-Verarbeitung und die Erstellung von Software-Programmen für BRD-Unternehmen auf der Grundlage des Einsatzes von EDV-Anlagen westlicher Firmen.

Weitere Interessen richteten sich auf technische Verfahren und Problemlösungen der DDR auf dem Gebiet der Wasserbe- und -verarbeitung sowie in Teilbereichen der Chemie und der Metallurgie.

Insbesondere wurden Versuche sichtbar, mit den Übernahmen von Lizenzen und Verfahren aus der DDR zugleich auch das Recht zu erwerben, diese international als "Alleinanbieter" zu vertreten.

BSU
000080

5

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Vorläufig wird zu dieser Vorgehensweise eingeschätzt, daß derartige Vertragsangebote die Gefahr in sich bergen, sogenannte "Lizenzblockaden" gegenüber der DDR zu errichten. Das "Alleinvertretungsrecht" könne unter Umständen zum "Liegenslassen" der Lizenzinhalte mißbraucht werden und spätere Exportziele und -interessen der DDR gefährden.

In Verhandlungen vor allem von Firmen der BRD über Lizenznahmen von der Akademie der Wissenschaften der DDR wurden wiederholt Feststellungen getroffen, daß es nach Erlangung weitgehender Kenntnisse zum Lizenzgegenstand teilweise zum Abbruch der Lizenzverhandlungen kam.

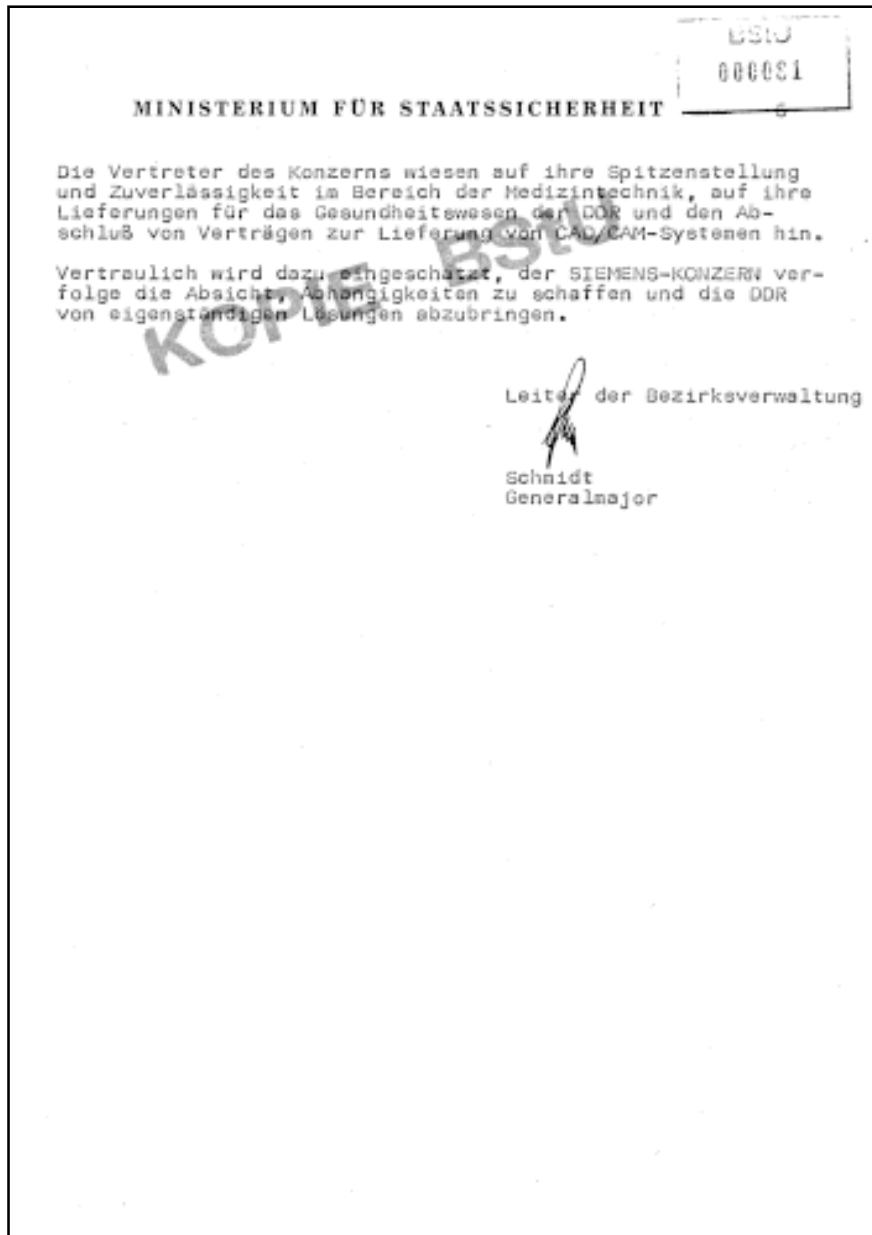
Obwohl auch wiederholt die Bereitschaft zur Umgehung der Embargo-Bestimmungen erklärt wurde - und auf diese Weise die DDR zu Geschäftsabschlüssen mit den Konzernen veranlaßt werden sollte - muß in Ergebnis diesbezüglicher Verhandlungen in Rechnung gestellt werden, daß besonders bei Hochtechnologien stets aus unterschiedlichen Vorwänden kurzfristig die Lieferungen an die DDR unterbunden werden können.

Im Auftreten der Vertreter kapitalistischer Unternehmen konnten im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Embargomaßnahmen gegenüber der DDR unterschiedliche Auffassungen festgestellt werden. Einerseits wurden Standpunkte vertreten, die Bestimmungen des Technologietransfers unbedingt einzuhalten; andererseits wurde die Bereitschaft zur Umgehung dieser Bestimmungen bekundet.

Vertreter kleinerer Unternehmen machten in Zusammenhang mit den immer umfassender wirkenden Embargo-Maßnahmen in Verhandlungen darauf aufmerksam, daß es für sie zunehmend komplizierter bzw. unmöglich werde, solche Geschäftsvereinbarungen zu realisieren, die nicht mit den COCOM-Bestimmungen bzw. dem daraus abgeleiteten staatlichen Genehmigungsregime übereinstimmen.

In Gegensatz dazu wurde in Gesprächen aber auch sichtbar, daß für Konzerne und größere kapitalistische Unternehmen - entsprechend ihrer Interessenlage - die Möglichkeit besteht, Embargobestimmungen einzuhalten oder zu umgehen.

Es wird eingeschätzt, daß die Art und Weise des Anbietens von den Embargo unterliegenden Waren durch die SIEMENS AG und der dabei erfolgten umfangreichen Absichtserklärungen vornehmlich auf die Ausweitung der gegenseitigen Beziehungen gerichtet sind.



4.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna

Das Investitions- und Rekonstruktionsgeschehen 1985 im Kombinat VEB Chemische Werke Buna

In der "Information über den Stand der Parteitagsvorhaben und der Listenvorhaben im Kombinat VEB Chemische Werke Buna" [26] vom 6. Dezember 1985 konnte nur wenig erfreuliches mitgeteilt werden. Bei allen Projekten gab es Probleme:

- Leitungsprobleme
- Terminverschiebungen auf spätere Zeitpunkte
- der Computer für eine Mikrorechnersteuerung fehlt
- Arbeitskräfte fehlen, vor allem jeweils speziell qualifizierte
- Anlagenteile stehen nicht zur Verfügung
- Schwierigkeiten bestehen bei der Qualität der Ausgangsprodukte
- Spezialkräfte werden bei anderen Vorhaben eingesetzt
- Provisorien müssen zwischenzeitlich realisiert werden

Bei den "Buna-Verantwortlichen" bzw. den "Bunakadern" stellten sich daraufhin bei einzelnen Projekten Zweifel ein [26, S. 5].

Während auf den Seiten 1 bis 5 die jeweiligen Vorhaben relativ kurz gefaßt behandelt werden, findet sich ab Seite 6 eine weitschweifige Darstellung des Zustandes in der Karbidproduktion [26, S. 6f]. Trotz des schlimmen Zustandes des Karbidofens 12, ist "die Rekonstruktion durch Entscheid des MfC auf Dezember 1986 verschoben und laut vorliegenden Informationen wird bereits vom I. Quartal 1987 als Rekonstruktionsbeginn gesprochen" [26, S. 6].

Der Bericht schließt mit dem Hinweis: "Der 1. Sekretär der Industriekreisleitung der SED Buna hat vom Sachverhalt Kenntnis." [26, S. 7].

In einem "Kurzerhand", die vom 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Hans-Joachim Böhme an die Ausarbeitung geschrieben und angeheftet wurde, wurde der zuständige Sekretär der Bezirksleitung der SED für Wirtschaft W. Deumer zur Stellungnahme aufgefordert: "Bitte vor allem S. 6 beachten! Wie ist dazu unsere Einschätzung?" [25].

Die Reaktion des Gen. Deumer ist nicht dokumentiert.

RL 117/85 - 01
203 / 9. Dez. 1985 - 05

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Halle

Halle, 6. 12. 1985

Strang vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Nr. 251 / 85

Blatt
Exemplar

11.9.12.

INFORMATION
über

den Stand der Parteitagsvorhaben und der Lichteinrichtungen im Kombinat
VEB Chemische Werke Buna

Zur Realisierung der Vorhaben zur rechnergestützten Produktion und
Automatisierungstechnik

- Einführung einer mikroelektronischen Steuerung des Karbidofens 8,
- Entwicklung eines Prototypes zur Elektrodenlängenmessung am
Karbidofen 8,
- Errichtung einer mikrorechnergesteuerten Versuchsanlage zur Her-
stellung von SAN,

liegen folgende Informationen und Einschätzungen vor:

Die mikroelektronische Steuerung des Karbidofens 8 wird realisiert.
Mit dem installierten Rechner der 2. Generation K 1520 wird die
Meßwertverarbeitung vorgenommen und in Einheit mit der Steuerung des
Karbidofens in Probelauf realisiert. Es liegen jedoch noch keine
Angaben vor, ob eine Verbesserung der Steuerung des Ofens und
damit Erhöhung der Produktivität erreicht wird.

Bedeutend ist in diesem Zusammenhang die erfolgte Lösung der Auf-
gabenstellungen

- Meßwertverarbeitung,
- Elektrodenlängenmessung,
- Modellierung des Karbidprozesses.

000204

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

2

Probleme gibt es noch bei der Realisierung der Elektroden-
längenmessung durch die entstandenen Schwierigkeiten bei der
Einführung der in Piesteritz entwickelten Hohlrodelektroden in
den Buna-Karbidprozeß.
Es wird eingeschätzt, daß bei der gesamten Abarbeitung der
Aufgabenstellung zu inkonsequent an die Lösung der Problem-
stellungen herangegangen wurde.

Von den Bunakadern wurden zu viel objektive Schwierigkeiten
in den Vordergrund gerückt. Unverständlich sei auch, daß die
bei einer Reihe von Versuchen an den Fest-Öfen in Hirsch-
felde sowie am Karbidofen 1 gewonnenen Zwischenergebnisse
jetzt nicht für den Produktionsprozeß brauchbar seien.
So wird man das bestehende Pflichtenheft zu dieser Aufgabe
für 1985 abschließen und die Aufgabe Elektroden-
längenmessung 1986 in ein neues Pflichtenheft wieder auf-
nehmen.

Schwierigkeiten gibt es zur Zeit auch bei der mikrorechnerge-
steuerten Versuchsanlage SAN-Herstellung, da der vorgesehene
Rechner für dieses Vorhaben erst ab 1. 1986 wirksam werden
kann.

Der Realisierungstermin 31. 12. 1985 für die Übergabe der
SAN-Anlage wird sich weiter verschieben wegen fehlender
Arbeitskräfte und Anlagenteile, wie Plänecke, Rohrstücke
und spezieller MSR-Motoren.
Damit wird gleichzeitig die termingerechte Abarbeitung eines
Rechnerprogramms für diese Anlage verhindert, da für die
Programmierung eine vierwöchige Probefahrt zur Er-
fassung aller notwendigen Programmdaten für den Produktions-
ablauf benötigt wird.

Zum Vorhaben "Entwicklung eines Sortiments von mit tensidmodi-
fizierten Karbonatfüllstoffen komponentierten Polyolefinen"
wird gemeinsam mit der AdA und IFF Dresden in Verbindung mit
den CKB Betriebsteil Mügeln und Preßwerk Ottendorf sowie FIA
Freiberg aktiv an der Zielstellung "Entwicklung von ge-
füllten Polyäthylen auf Basis von aufbereiteten, fein-
teiligen Leunakalk" gearbeitet.

Schwierigkeiten gab es mit der termingerechten Bereitstellung
von fein-dispersen Leunakalk durch den BT Mügeln, die erst
Ende Juli 1985 erfolgte. Da die Qualität für die Gesamtziel-
stellung noch nicht ausreichend ist, werden gegenwärtig
weitere Versuchsvarianten geprüft. Es wird derzeit einge-
schätzt, daß die Aufgabenstellung planmäßig realisiert
werden kann.

Trotz vorliegender Probleme im Vorhaben "Industrierversuchs-
anlage ABS/SAN" werden durch die beteiligten Betriebe und
Gewerke alle Anstrengungen unternommen, den Montagestermin
Dezember 1985 einzuhalten.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

3

Erachwert wird dies durch die Reduzierung der Rohrleitungs-
montagekräfte der IMO Merseburg September 1985 zugunsten
anderer Vorhaben außerhalb des Kombines und November 1985
zum Einsatz im Bereich Karbid.
Damit waren zeitweise nur 8 Rohrlager am Vorhaben SAN/ABS
tätig, womit der Termin 12/85 nicht eingehalten werden
kann.

Auch bei der Bereitstellung des Montagmaterials, insbeson-
dere von VA-Rohren und Flanschen gibt es noch Hemmnisse.
Diese Problemstellung betrifft auch exgeschützte Trans-
mitter, die erst im Dezember geliefert werden sollen.

Die Vorfertigungsleistungen in den Instandhaltungswerk-
stätten des Stammbetriebes waren nicht im notwendigen Umfang
gewährleistet. Als Hauptursachen werden hierbei vor allem
das Fehlen der Durchgängigkeit von Entscheidungen auf
allen Leitungsebenen sowie die ungenügende Motivation der
Instandhaltungskräfte hinsichtlich der Bedeutung des Vor-
habens als Parteitagobjekt genannt.

Es wird weiterhin eingeschätzt, daß die Direktion Technik
des Kombines als SA des Vorhabens ihrer Aufgabe nur
mangelhaft gewachsen ist, so daß Projektänderungen bzw.
nachträgliche Leistungen notwendig wurden, die zu Lasten
des geplanten Realisierungstermins gehen. Diese notwendigen
Projektänderungen werden auf nicht ausreichenden Forschungs-
verlauf zurückgeführt. Teilweise mußten die Forschungser-
gebnisse erst im Nachhinein in den Realisierungsablauf ein-
geordnet werden. Z. B. waren die verfahrenstechnischen
Optimierungen noch nicht abgeschlossen und die Realisierungs-
phase hatte bereits einen Stand erreicht, bei dem diese
Forschungsergebnisse nur noch über Projektänderungen einge-
führt werden konnten.
Seitens der Forschung wird die Meinung vertreten, daß in
der bevorstehenden Probetriebszeit bis zur Produktions-
einführung noch genügend Zeit sei, bestehende noch auf-
tretende Probleme schnell zu beheben.

Mit dieser Haltung wird von der ungenügenden Abarbeitung
der eigentlichen technisch-ökonomischen Zielstellung des
Vorhabens abgelenkt.

In der Realisierung der Listenvorhaben ist es bisher noch
nicht gelungen, entscheidende Fortschritte zu erzielen.

Die Hauptursache sehen Verantwortliche in Buna darin, daß
auf Entscheidung des Ministeriums für Chemie ein Teil der
Grund- und Rohrleitungsmontagekapazitäten im MfC unverteilt
wurden.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

4

Auch ist es zur Zeit noch nicht umfassend gelungen, die er-
forderlichen Leistungen zu den Vorhaben bilanzseitig einzu-
ordnen. Auf Beschluß des Ministerrates erfolgte deshalb im
August 1985 eine Neu festlegung der Realisierungstermine, die
jedoch nach den vorliegenden Einschätzungen aus den gleichen
Gründen gefährdet sind.

In einzelnen ergibt sich folgende Situation:

Das Vorhaben Styrol I-Stufe sollte im September 1985 reali-
siert werden. Da es Schwierigkeiten in der termingerechten
Bereitstellung von MSR-Ausrüstung sowie anfahrbestimmenden
Isolierleistungen gab, wurde ein neuer Realisierungstermin
durch Ministerratsbeschuß festgelegt. Da auch zur Zeit noch
nicht alle anfahrbestimmenden MSR-Ausrüstungen vorhanden
sind, soll jetzt der Montageendtermin im Dezember 1985
erreicht werden.
Es wurde eine technische Lösung als Anfahrprovisorium er-
arbeitet, so daß ein Probetrieb ohne Produkt als Funktions-
probe durchgeführt werden kann.

In den vorliegenden Informationen wird eingeschätzt, daß
die geplante Kapazität der Anlage wegen der bestehenden
Leistungsgrenze in der Anfangsphase nicht erreicht werden
wird.

Durch den Einsatz von realisierbaren Rechereinsatz und
der mikroelektronischen Steuerung der Prozesse sowie die
zum Teil noch fehlenden qualifizierten Arbeitskräfte sei es
fraglich, daß die geplanten ökonomischen Zielstellungen und
Effekte gesichert werden können. Die dargelegte komplizierte
Situation wurde begünstigt durch die zum Teil unbefriedi-
gende Zusammenarbeit zwischen Forschung und Entwicklung, den
Produktionsbereichen und den Objektverantwortlichen sowie
durch das teilweise nicht rechtzeitige Erkennen der Schwach-
punkte und Schwierigkeiten und den fehlenden konstruktiven
Einsatz zur Lösung der Probleme.

Zu den beiden Vorhaben PVC-Spritzgießstypen und PVC-Spezial-
typen wurden auf Ministerratsbeschuß die Inbetriebnahme-
termine auf Mitte 1986 neu festgelegt. Davon ausgehend
wurden die Ablaufpläne überarbeitet und die Vertragage-
staltung neu realisiert.

Bei den Spritzgießstypen gibt es Schwierigkeiten bei der
bilanzseitigen Einordnung der Industrielsolierungen bei
ISO Leipzig. Weiterhin werden die Aktivitäten zur Real-
isierung der Folgeinvestition "Granulierung in Osternien-
burg" sowie des Silolagers im Bau D 76 des Stammswerkes
noch ungenügend eingeschätzt.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

5

Da es sich bei der Granulierungsmaschine um eine Neuentwicklung des Kombines Chemanlagenbau Leipzig-Grimma (CLG) und der Erfama Karl-Marx-Stadt handelt, wird deren termingerechte Einbeziehung in das Vorhaben durch die Buna-Verantwortlichen stark angezweifelt. Bei den Spezialtypen ergeben sich besonders Probleme zu der festsitzenden Absicherung der Grund- und Rohrleitungsanlagen.

Zur Realisierung der ökonomischen Zielstellung des Vorhabens (MSW-Importablösung) reichen die bisherigen Forschungsergebnisse bezogen auf die anwendungstechnische Ausgestaltung der Produkte noch nicht aus. Ein entsprechendes Arbeitsprogramm wurde aber erstellt, um eine schnellere Überführung der Forschungsergebnisse in die Produktion zu sichern.

Bei den Vorhaben Industrierversuchsanlage Weichmacher, Intensivierung Propylenoxyd, Modifikator für PVC schlagzäh sind die Bilanzen für Isolierungen, Grundmontageleistungen und MSR-Anlagen nicht gesichert. Es gibt Anzeichen an den Fondebereitstellungen. Bei den Bunkern entstehen Zweifel an der Realisierbarkeit der Vorhaben, was sich negativ auf die notwendige Initiative im Handeln der Verantwortlichen Realisierungskader auswirkt. Bemängelt wird insbesondere, daß durch das MfC keine klaren Positionen zu der Bilanzsituation zu den Vorhaben eingenommen werden.

In der Aldehydfabrikation werden die staatlichen Planaufträge realisiert. Eine mögliche Überbietung der Plankennziffern ist wegen fehlender Dampfkapazitäten z. Z. nicht möglich. Dabei wird aber festgestellt, daß diese positive Entwicklung nur durch einen enormen operativen Aufwand seitens der Auftragsleitung erreicht wurde.

Es wird jedoch eingeschätzt, daß die Führungsaufträge des Generaldirektors an die einzelnen Betriebs- und Fachdirektionen zur Unterstützung der Auftragsleitung nur sehr schleppend umgesetzt werden. Besonders problematisch sei die Bereitstellung der festgelegten Arbeitskräfte. Hier fehlt seitens der Kombinateleitung die straffe Kontrolle über die Durchsetzung der angewiesenen Aufgabenstellungen.

So sind festgelegte Termine zur Überführung des Quecksilberückgewinnungs-ofens in die Produktion lange überschritten und die Funktionstüchtigkeit noch nicht gegeben. Von den Verantwortlichen wird propagiert, daß dieses Problem eine völlig neue technologische Aufgabenstellung gewesen sei und hier mehr wissenschaftliche Arbeit notwendig wäre als bisher angenommen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

6

Der Karbidofen 12 ist baulich und technisch stark verschlissen. Es besteht die Gefahr des Auseinanderbrechens und damit wird das gesamte Ofenhaus gefährdet. Wesentliche Verschleißerscheinungen:

- die Abstichbühne darf nach Auflage der staatlichen Bauaufsicht nur bis zur ehemals geplanten Reko 1986 benutzt werden
- der Ofenboden ist gerissen und somit ist die akute Gefahr von größeren Karbiddurchbrüchen gegeben
- die Vorderwände und Seitenwände des Ofens "wandern", so daß die Gebäudestützen im Baufeld des Ofens 12 akut gefährdet sind
- die Stahlkonstruktion ist durch Korrosion stark angegriffen
- die Ofendecken mit den Deckenbalken sind so verschlissen, daß das produktionsbedingt notwendige Betreten nur mit Sondergenehmigung erfolgen darf
- die Rohrleitungssysteme (Hauptleitungen) sind stark verschlissen.

Eine Reparatur ist nur durch eine Rekonstruktion möglich. Trotzdem wird die Rekonstruktion durch Entscheid des MfC auf Dezember 1986 verschoben und laut vorliegenden Informationen wird bereits vom I. Quartal 1987 als Rekonstruktionsbeginn gesprochen.

Die Verschiebung der Rekonstruktion führt zu einer Nutzung des Ofens über die normale Standzeit von 12 Jahren hinaus und damit zu einem unvermeidbaren Anstieg im Ersatzteilverbrauch sowie von Grundmontagen. Durch die Gefahr des Auseinanderbrechens der Ofenwanne besteht eine starke Gefährdung der Belegschaft und der Gesamtanlage.

Hinsu kommt, daß sich auch der bautechnische Zustand der Ofen 10, 11, 6 und 4 immer weiter verschlechtert, da sich damit deren Rekonstruktion ebenfalls verschiebt.

Generell wird zum Bereich Karbid festgestellt, daß unter diesen Bedingungen ein hoher Ersatzteilverbrauch eintreten wird, den nicht durch das CLG nachgekommen werden kann, so daß ein Großteil durch bunaeigene Gewerke zu realisieren ist. Ausgehend von den Instandhaltungskapazitäten des Stammwerkes wird es hier zu weiteren komplizierten Situationen kommen.

Zur technologischen Realisierbarkeit der Koksklassierung gibt es z. Z. keine größeren Probleme.

BSTU
000209

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 7

Seitens der Karbidarbeiter wird aber hervorgehoben, daß eine Klassierung der Rohstoffe auch für die bunsseigenen Karbidöfen notwendig wäre, um zu einer besseren Fahrweise der Ofen und Qualität des Karbids zu kommen. Gegenwärtig wird diese Klassierung nur für Piesteritz realisiert.

Der 1. Sekretär der Industriekreisleitung der SED Buna hat vom Sachverhalt Kenntnis.

KOPIE BSTU

Leiter der Bezirksverwaltung


Schmidt
Generalmajor

wv. 30.12

Kurzerhand

Von: Bina Bohm an: W. Jenne

mit folgender Bemerkung:

Bilke vor allem S. 6 beachten!

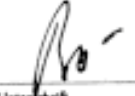
Wie ist dann meine Ein-
schätzung?

KOPIE BSTU

000202

Datum: 7. 12.

IV-10-42 PG 105/84 5 000


Unterschrift

4.2. VEB Chemiekombinat Bitterfeld

Leistungs- und Effektivitätsentwicklung

In einer 12-seitigen "Information über die Ergebnisse einer durchgeführten komplexen Untersuchung zur Leistungs- und Effektivitätsentwicklung in Schwerpunkten des VEB CKB" vom 20.12.86 [4] kamen die Mitarbeiter des MfS gleich im zweiten Satz auf den Punkt: "Zusammenfassend kam die Arbeitsgruppe zu der Einschätzung, daß die Leistungs- und Effektivitätsentwicklung des Kombinates nicht den vom XI. Parteitag der SED beschlossenen höheren Maßstäben entspricht." Als Gründe für diese Situation wurden herausgearbeitet:

- Schlechte Leitungstätigkeit
- "Die Investfonds werden durch den notwendigen Einsatz hochverschlissener Grundfonds stark belastet und reichen für die Überleitung effektiver wissenschaftlich-technischer Lösungen nicht aus." [4, S. 2]
- Arbeitskräftemangel (814 Mitarbeiter fehlten, es gab "infolge schlechter Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen" [4, S. 3] eine hohe Fluktuation, es handelte sich dabei seit 1983 um 1080 Arbeitskräfte, davon 805 Schichtarbeiter; der VEB Chemiekombinat Bitterfeld hatte seinerzeit ca. 30.000 Betriebsangehörige)
- Kostenentwicklung (zur Kostensituation findet sich auf der folgenden Seite ein Auszug aus der hier herangezogenen Information auf dem oberen Bild [4, S. 4])
- Rentabilitätsfragen (diesen Sachverhalt verdeutlicht ein Aktenauszug auf der Folgeseite unten [4, S.4, 5])
- Arbeit und Umwelt (Aktenauszug auf den übernächsten Seiten [4, S. 6-8])

Am Schluß wurden unbedingt nötige Änderungen formuliert, die die zuvor dargestellten Probleme des Kombinates beseitigen sollen.

Die geplanten Kosten werden 1985 voraussichtlich um 164 Mio M überschritten.

- technische Probleme beim Einsatz von Anoden sowie Instabilitäten und AK-Mangel in der Alu-Erzeugung (33 Mio M)
- veränderte Energieträgerstruktur (Mehreinsatz von Importerdgas - 23 Mio M)
- zusätzliche Produktion von Erzeugnissen mit negativem Kostensatz als Ausgleich für Produktionsausfälle infolge Bedarfsminderung und techn. Störungen (21 Mio M)
- Ausfälle an geplanter WP infolge fehlender Methanlieferungen aus Leuna und infolge Bauschäden in AZO IV (17 Mio M)
- Einsatz von Material mit höheren Preisen infolge von Produktionsausfällen und Bilanzentscheidungen (8 Mio M)
- Erhöhung von Instandhaltungsfonds zur Verbesserung der technischen Stabilität von Anlagen (5 Mio M)
- Durch Nichtübereinstimmung der Planaufgaben von Kostensatz und Kostensenkung ist eine nicht untergesetzte zusätzliche Kostensenkung in Höhe von 84 Mio M zu realisieren.

Kostendefizite [4, S.4]

Ein weiterer negativ wirkender Faktor ist die stark differenzierte, insgesamt ungenügende Rentabilität der Erzeugnisse. 1985 und 1986 wurden für fast alle Erzeugnisse neue Industriepreise festgesetzt, wobei eine perspektivische SKS in Höhe von 345 Mio M eingerechnet wurde. Grundlage für diese SKS waren die Zielstellungen des Fünfjahresplanes. Es wurden 165 Mio M Kostensenkung nicht berücksichtigt, da für ihre Realisierung keine materielle Voraussetzung gegeben waren.

Trotz der Erreichung der bei der Preisfestlegung konzipierten Kostensenkung in Höhe von 345 Mio M konnten die Preise bei einer überdurchschnittlich großen Anzahl von Produkten den Aufwand nicht decken. In Stammbetrieb werden 768 Erzeugnisse mit Gewinn über den staatlichen Normativ hergestellt. Gleichzeitig gibt es 849 Verlustprodukte.

Erzeugnisrentabilität [4, S. 4, 5]

BStU
000006

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 6

In Zeitraum bis 1990 setzt das CKB die mit der VEK festgelegten Strategie fort. Mit dem Entwurf zum Fünfjahrplan 1986/90 werden die volkswirtschaftlichen Anforderungen zur Steigerung von Leistung und Effektivität jedoch nur teilweise gesichert und die einfache Reproduktion wichtiger Anlagen nicht in erforderlichem Maße gewährleistet.

In Zeitraum bis 1990 verringert sich die Grundfondsquote von 921 M IWP/1000 M Grundfonds auf 717 M IWP/1000 M GF. Dieses Absinken ist auf die unzureichende Investeffektivität 1986/90 von 210 M Zuwachs IWP/1000 M Investitionen zurückzuführen (STAG = 310 M/1000 M). Das Zurückbleiben muß an hohen Anteil uneffektiver Vorhaben von 58 % der mit der STAG vorgegebenen Investitionen gesehen werden.

Diese für Modernisierung/Stabilisierung sowie für volkswirtschaftliche Bedarfsdeckung unverzichtbaren Investvorhaben verursachen die nicht ausreichende Leistungs- und Effektivitätsentwicklung.

Eine durchgreifende Wende für die Gewährleistung einer dauerhaften Stabilität aller Produktionsanlagen und damit einer Verbesserung der Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen wird nicht erreicht.

Des weiteren wurde eingeschätzt, daß sich der Zustand der Grundfonds trotz hohen Aufwandes an Investitionen und Reparaturfonds im Zeitraum 1981/86 weiter verschlechtert, daß die Arbeits- und Produktionssicherheit nicht vollständig gewährleistet ist. Dazu wurde herausgearbeitet:

- 12.000 Werkstatttische bzw. 41 % der Gesamtbeschäftigten sind chemischen und physikalischen Noxen exponiert (Durchschnitt Chemie 26,7 %)
- . nur für 900 AK bestehen Ausnahmegenehmigungen;
- . für 5.200 AK sind Ausnahmegenehmigungen beantragt;
- . für 1.500 AK wird die Antragstellung vorbereitet.

Damit sind in 65 Produktionsanlagen die gesetzlichen Bestimmungen für die APS nicht voll gewährleistet.

Für weitere 4.500 AK an exponierten Arbeitsplätzen werden noch keine Ausnahmegenehmigungsanträge bearbeitet. Damit verstoßen staatliche Leiter gegen gesetzliche Regelungen.

Im Zeitraum 1981/85 wurden Arbeitsschwermetalle für 2.231 AK abgebaut, davon für 1.713 vollständig beseitigt.

Bis 1990 ist die Beseitigung der Arbeitsschwermetalle für 2.330 AK vorgesehen. Für weitere 850 werden Teilverbesserungen konzipiert.

Der notwendige Abbau von arbeitshygienischen Normativüberschreitungen in solchen wichtigen Anlagen wie Aluminium, Chlorbenzol und PC-Pulver ist bis 1990 nicht Planbestandteil.

- Der technische Zustand von Gebäuden und Anlagen ist wie folgt gekennzeichnet:

Grundfondssituation [4, S. 6-8]

BStU
000007

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 7

- . 54 Gebäude des Stambetriebes sind in die Bauzustandstufe 3 und 4 (schwere Bauschäden bzw. unbrauchbar, einsturzgefährdet) eingestuft.
- Die Gefährdungen bestehen vor allem in stark beschädigten Dächern und hohen Verschleiß der Bausubstanz insgesamt.
- Zur Vermeidung akuter Gefährdungen von AK müssen in 22 Gebäuden bei Windgeschwindigkeiten über 15 m/s die Arbeiten eingestellt und die Gebäude verlassen werden.
- . 18 Rohrtrassen mit 5,3 km Länge sind mit Auflagen der staatlichen Bauaufsicht zur Rekonstruktion belegt. Außerdem sind 32 km hochgradig verschlissenes Chlornetz erneuerungsbedürftig.
- Durch Schäden traten wiederholt Umweltbelastungen auf.
- . Von den überwachungspflichtigen drucktechnischen Anlagen sind 168 als techn. instabil einzuschätzen. Davon bestehen für 87 Einzelausrüstungen Auflagen zur Erneuerung bis 1987. Bisher konnte infolge mangelnder Bereitstellung von Ausrüstungen nur 10 Auflagen realisiert werden.
- . Der Zustand der Sozialeinrichtungen, Küchen, Versorgungsbe-triebe und Werkwohnungen entspricht nicht den Erfordernissen sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen.
- . Der Umweltschutz ist vor allem in Stambetrieb unzureichend ge-währleistet. Es gibt keine Abwasseraufbereitungsanlage. Die Emissionen von Staub, SO₂ und NO_x steigen an. 1985 wurden 167,8 kt Einheitsachtsachstoff emittiert, im 1. Halbjahr 1986 82,9 kt. Das Territorium Bitterfeld/Wolfen bleibt auch bei Realisierung der vorgeschriebenen Maßnahmen emissionsseitig überlastet bis stark überlastet.
- Die Reproduktion der Grundfonds ist nicht in erforderlichen Um-fang gewährleistet. Trotz der 1981/85 realisierten Investitionen von 1860 Mio M und des von 300 Mio M/a auf 435 Mio M/a angestie-genen Instandhaltungsaufwandes ist der Verschleiß von Gebäuden und Anlagen weiter angewachsen.
- . Der Anteil voll abgeschriebener Gebäude hat sich seit 1978 ver-doppelt.
- . Ein Viertel der Anlagen/Ausrüstungen ist voll abgeschrieben.

Dieser Zustand trat durch folgende Hauptursachen auf:

- . Notwendige Entscheidungen zur Erneuerung/zum Ersatz verschlisse-ner Anlagen wurden infolge der Begrenzung der Investfonds und nicht geschlossener Produktbilanzen hinausgeschoben.
- . Der Instandhaltungsfonds muß zersplittert zur Durchführung von Schadensreparaturen in der Produktion eingesetzt werden. Der An-teil von GR beträgt gegenwärtig nur 1,5 %. In Altanlagen werden keine GR mit Modernisierungseffekt durchgeführt.

BS:U
000005

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 8

- Das bestehende Fehl an Produktionsarbeitern und einer Stammbetriebsgemeinschaft führt zur Vernachlässigung von Wartung und Pflege, zu Unregelmäßigkeiten in der Fahrweise, welche den Verschleiß fördern.
- Die Belieferung mit Ersatz- und Verschleißteilen entspricht nicht dem Bedarf und erfolgt nicht rechtzeitig, so daß verschlissene Anlagen weiter betrieben werden müssen.

Mit den gegenwärtig für 1985/90 eingeordneten Maßnahmen und den verfügbaren Invest- und Reparaturfonds wird der Zustand der Grundfonds insgesamt nicht verändert. Der Verschleiß an Gebäuden und Anlagen wird nicht aufgehalten. Punktuelle Verbesserungen werden erreicht durch:

- den Ersatz von 3 gefährdeten Anlagen mit einem Investaufwand von 1,8 Mrd. M;
- Maßnahmen zur Teilverbesserung in 6 Anlagen.

11 vom CKB vorgeschlagene Stabi-Maßnahmen sind nicht Bestandteil des Investplanes bzw. des Planes der Vorbereitung des MfC. Für 26 gefährdete und verschlissene Anlagen/Gebäude sind bis 1990 keine Ersatz-Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen konzipiert.

Seitens der Arbeitsgruppe wurde eingeschätzt, daß das CKB aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, die Vorbereitung und Realisierung aller notwendigen Maßnahmen zur umfassenden Gewährleistung der APS durchzuführen. Dazu sind Sondermaßnahmen auszuarbeiten und zentral zu entscheiden.

Der Zustand der Energieumwandlungsanlagen im Stammbetrieb gewährleistet nicht die stabile Prozeßdampfversorgung unter allen Lagebedingungen. Bereits im Winter 1985/86 fehlten 43 t Dampf/h mit Auswirkungen auf die Produktion.

Im Winter 1986/87 wird sich das Defizit durch Sperrung weiterer zwei Dampferzeuger auf ca. 195 t/h erhöhen.

Damit wird eine WP von 1,9 Mio M/d verunsichert. Weitere 3 DE mit einer Leistung von 100 t/h wurden als instabil eingeschätzt.

Die zur Überwindung der Situation erforderlichen Ersatzinvestitionen

- Reko DE 7 im KW Wolfen IT 10/87
- 1. BA KW Süd, 1. DE IT 1988
- Wirbelschichtkessel KW Nord IT 08/88

sind gegenwärtig trotz zentraler Festlegungen durch die Kooperationspartner Kraftwerksanlagenbau und BMK-Ost nicht gesichert.

Schwierigkeiten mit den Verdichterstationen für die Wasserstoffherstellung im VEB Chemiekombinat Bitterfeld im Februar 1987

In dieser "Information über Gefahrensituation der DDR-Volkswirtschaft bei der Versorgung mit Wasserstoff durch das CKB" [5] vom 11. Februar 1987 wurde die Situation bei der Komprimierung des im CKB erzeugten Wasserstoffs beschrieben. Nach Angaben der Verfasser gab es drei Verdichter. Der erste stammte aus dem Jahr 1965, war 1974 vollständig abgeschrieben und seit dem 16. Dezember 1986 defekt. "Seit ca. 10 Jahren werden für diesen Typ keine Ersatzteile mehr hergestellt. ... Eine Wiederinbetriebnahme des Verdichters ist nicht möglich." [5, S. 2]. Die beiden anderen stammten aus dem VEB Zwickauer Maschinenfabrik (1966 und 1976). Der Verdichter "mit Baujahr 1966 (ist) havariegefährdet." [5, S. 2], weil seit Jahren mangelhafte, nicht den Bedarf deckende Ersatzteillieferungen erfolgten. Im CKB hatte offensichtlich jemand die Idee, die Schäden durch einen Fachmann des VEB Zwickauer Maschinenfabrik begutachten zu lassen, um so den Wünschen nach Ersatzteilen Nachdruck zu verleihen. "Nach intensiven Bemühungen ist es gelungen, daß am 8. 1. 1987 eine Besichtigung beider Verdichter durch einen Sachverständigen des VEB ZMF durchgeführt wurde." [5, S. 2]. Dieser kam in seiner Einschätzung auch zu dem gewünschten Ergebnis: "Durch die enorm hohe Laufleistung von 150.000 h des Verdichters, Baujahr 1966, ist zur Absicherung eines weiterhin störungsfreien Laufs die Kurbelwellenlagerung und die liegende Zylinderpartie komplett neu aufzubereiten. Außerdem wird auch die Auswechslung von Rohrbündeln und Rohrschlangenkühlern der 2. bis 5. Stufe notwendig." [5, S. 2].

"Seit 1978 bemüht sich der VEB CKB nachweisbar um Ersatzlieferungen von Verdichtern des VEB ZMF.

Nach umfangreichem Schriftverkehr und mehreren GD-Briefen ... vom 29. 4. 1985 ... bestätigte ZMF die Lieferung eines Verdichters zum IV. Quartal 1987.

Mit Schreiben vom 22. 4. 1986 wurde ... informiert, daß ... eine Verschiebung des Liefertermins in das Jahr 1988 vorgenommen wird." [5, S. 3]

In der Anlage 2 zu dieser Information wurde der Schriftverkehr vom August 1986 bis Januar 1987 zusammengestellt, wobei durch Unterstreichen die Vielzahl der Schreiben an das Kombinat Pumpen und Verdichter hervorgehoben wurden (siehe auch die handschriftliche Bemerkung auf Seite 1 der Information).

BSiU
000016

2777

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Halle

Halle, 11. 2. 1987

Blatt

Exemplar

Eingegangen
11 02 87
17. 1. 87
9/87-07

11. 2.
16. 2.

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Nr. 36, 87

fu. W. Gerner
Minist. für Staatssicherheit
des CKB und der
Minist. für Staatssicherheit
über

INFORMATION

Gefahrensituation der DDR-Volkswirtschaft bei der Versorgung mit Wasserstoff durch das CKB

Die zuständige Dienststelle des MfS informierte den 1. Sekretär der Industriekreisleitung sowie den Generaldirektor des CKB über bestehende akute Havariegefahren im CKB und deren mögliche extreme Folgen für die DDR-Volkswirtschaft. In Analyse interner Hinweise sowie offizieller Einschätzungen wurden dazu folgende Erkenntnisse gewonnen:

Seit Dezember 1986 verschärfen sich die seit Jahren bestehenden Probleme in der Versorgung der Volkswirtschaft mit Wasserstoff der Druckstufe 15 MPa. Dieser Druckwasserstoff wird in der DDR in wesentlichen durch das Buna-Kombinat und im CKB erzeugt. Der Anteil des CKB beträgt hierbei 80 %.

Die kontinuierliche und bedarfsgerechte Bereitstellung des Wasserstoffs ist auf Grund der volkswirtschaftlichen Bedeutsamkeit der Bedarfsträger (Anlage 1) relevant.

Der im VEB CKB in verschiedenen Betrieben erzeugte Wasserstoff wird einer zentralen Aglage zugeführt und hier auf einen Druck von 15 MPa (150 kp/cm²) verdichtet. Der Versand an die Bedarfsträger der Volkswirtschaft erfolgt in Stahlflaschen und Druckflaschenwagen. Darüber hinaus wird der VEB DMW Rodleben über eine Leitung mit Wasserstoff aus dem VEB CKB versorgt.

Darstellung des vergeblichen Versuchs, Ersatz für gefährliche Verdichter zu erhalten [5]

BSiU
000017

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Für die Verdichtung des Wasserstoffes stehen bzw. standen dem VEB CKB folgende Verdichter zur Verfügung:

1. Verdichter Typ OOH 7 der Maschinenfabrik Wurzen, Baujahr 1965
Dieser Verdichter ist seit 1974 abgeschrieben. Seit ca. 10 Jahren werden für diesen Typ keine Ersatzteile mehr hergestellt. Am 16. 12. 1986 ist dieser Verdichter infolge alterungsbedingten Verschleißes havariert (Zylinder, Zylinderköpfe, Ventile). Eine Wiederinbetriebnahme des Verdichters ist nicht möglich. Der hierdurch verursachte Ausfall beträgt 3600 Nm/d Wasserstoff. Unter Ausnutzung vorhandener Reserven in der Verdichterkapazität 3 MPa des CKB, der H₂-Leitung nach Rodleben und der Verdichterkapazität 30 MPa von Rodleben konnte die volle Versorgungssicherheit des Kombines Nerva und des Flachglas-Kombines Torgau gesichert werden.
2. Verdichter vom Typ 5 SL 3 K 100 des VEB Zwickauer Maschinenfabrik (ZMF), Baujahr 1966 und 1976
Infolge der seit Jahren mangelhaften nicht bedarfdeckenden Ersatzteilbelieferungen durch den VEB ZMF ist der Verdichter mit Baujahr 1966 havariert.

Nach intensiven Bemühungen ist es gelungen, daß am 8. 1. 1987 eine Besichtigung beider Verdichter durch einen Sachverständigen des VEB ZMF durchgeführt wurde.

Der Sachverständige schätzt in seinem Besuchsbericht vom 9. 1. 1987 u. a. folgendes ein:

"Durch die enorm hohe Laufleistung von 150.000 h des Verdichters, Baujahr 1966, ist zur Absicherung eines weiterhin störungsfreien Laufs die Pleuellagerung und die liegende Zylinderpartie komplett neu aufzubereiten. Außerdem wird auch die Auswechselung von Rohrbündeln und Rohrschlängenkühlern der 2. bis 5. Stufe notwendig. Durch den hohen Auslastungsgrad der beiden Verdichter wird sich die Reparatur nur unter großem Zeitzwang durchführen lassen (Sicherung der Versorgung der Volkswirtschaft). Die Inbetriebnahme eines neuen Verdichters gleichen Typs wäre deswegen vor Beginn der Reparatur ratsam."

Zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verdichter bis zur Reparatur wurden vom CKB der dringende Bedarf von Ventilen angesagt.

Die Einschätzung des Sachverständigen des VEB ZMF unter setzt die über Jahre vom VEB CKB gestellten Forderungen zur Neuaufstellung von Verdichtern und zur Belieferung mit erforderlichen Ersatzteilen gegenüber dem VEB ZMF.

BSiU
000018

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 3

Es wird eingeschätzt, daß die Versorgung der DDR-Volkswirtschaft nur aufrechterhalten werden kann, wenn die Verdichteranlagen in CKB und in Rodleben ohne Unterbrechung betrieben werden. Jeder Ausfall eines weiteren Verdichters führt zu erheblichen Versorgungsproblemen.

Seit 1978 bemüht sich der VEB CKB nachweisbar um Ersatzlieferungen von Verdichtern des VEB ZMF.

Nach umfangreichem Schriftverkehr und mehreren GD-Briefen wurde eine Bestellung über 2 Verdichter vom Typ 5 SL 3 K 160 von VEB ZMF unter der Bestellnummer CKB 27510152 angenommen. Gemäß Vertrag vom 29. 4. 1985 Nr. 257 626 bestätigte ZMF die Lieferung eines Verdichters zum IV. Quartal 1987.

Mit Schreiben vom 22. 4. 1986 wurde der VEB CKB von ZMF informiert, daß die Einordnung der Lieferung des Verdichters in den Produktionsplan 1987 auf Grund von Problemen in der Zylinderfertigung nicht erfolgen kann und eine Verschiebung des Liefertermins in das Jahr 1988 vorgenommen wird.

Am 8. 12. 1986 wurde von ZMF als Liefertermin der 30. 6. 1988 schriftlich mitgeteilt.

Mehrere Schreiben des GD CKB an das MfC, an den GD des Kombines Pumpen und Verdichter und an den Direktor des VEB ZMF (Anlage 2), in denen umfassend auf die bestehende Gesamtsituation hingewiesen wurde, führten zu keiner Veränderung der Situation.

Obwohl in allen Schreiben Einspruch gegen die Entscheidung, über die Verzögerung des Liefertermins erhoben und deutlich auf die

- bestehende Gesamtsituation in der Bereitstellung von Wasserstoff in der Druckstufe 15 MPa,
- sich ergebenden Gefährdungen für die Volkswirtschaft und die daraus resultierenden Folgen

hingewiesen wurde. Die Haltung des Kombines Pumpen und Verdichter und des VEB ZMF lassen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aktivitäten zur kurzfristigen Beseitigung der bestehenden akuten Gefährdungen erkennen.

Den Leitern vorgenannter Betriebe ist hinreichend bekannt, daß die Stabilisierung und Erweiterung der Wasserstoffproduktion eine Voraussetzung für die Steigerung der Produktion von Erzeugnissen mit hoher Außenhandelseffektivität ist. Lieferungen für dieses Vorhaben sind auf Grund des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 26. 10. 1983 sowie Beschluß des Präsidiums des Ministerrates 01/66-5/85 vom 3. 11. 1983 wie Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe entsprechend der Lieferverordnung (LVO) vom 15. 10. 1983, GB1. I, Nr. 31, in die Pläne und Bilanzen einzuordnen vertraglich zu binden und zu realisieren.

BSiU
000019


MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 4

Weiterhin wird eingeschätzt, daß die zwei in Betrieb befindlichen Verdichter nicht bis zum Liefertermin 30. 6. 1988 des neuen Verdichters betrieben werden können, zumal von VEB ZMF keine Ersatzteillieferungen bestätigt wurden. Zum anderen sei dieser von ZMF präzierte Liefertermin als nicht gesichert anzusehen.

Insgesamt wird die Aussage getroffen, daß für die in CKB installierten Wasserstoffverdichtern eine akute Havariegefahr besteht, die zu schwerwiegenden Folgen mit Flächenwirkung für bedeutsame Industriezweige der DDR führen kann.

Seitens des MfS wird Einfluß auf die verantwortlichen Betriebe/Einrichtungen zur Herbeiführung schnellstmöglicher Veränderungen genommen.

Leiter der Bezirksverwaltung



Schmidt
Generalmajor

2 Anlagen

BStU
000029

Anlage 1

Bedarfsträger für Druckwasserstoff aus dem VEB CKB in der DDR sind:

- NVA
- Kombinat Narva (Beeinflussung der gesamten Glühlampenproduktion)
- Kombinat Mikroelektronik (erhebliche Beeinflussung der Halbleiterherstellung und damit der gesamten mikroelektronischen Industrie)
- Glasindustrie der DDR (Beeinflussung der Herstellung optischer Gläser und der gesamten Glasherstellung z. B. in VEB Quarzschmelze Stecken, Flachglaskombinat Torgau u.s.)
- Kraftwerk der DDR (flächendeckender Einfluß auf die Versorgung mit Elektroenergie und Wärme, Ausfall der Versorgung führt zu Notabschaltungen komplette Kraftwerke)
- Lebensmittelindustrie der DDR (erhebliche Beeinflussung der Margarineherstellung und Fett-hydrierung insgesamt)

BStU
000021

Anlage 2

Konkret wurden u. a. seit August 1986 durch den VEB CKB folgende Aktivitäten ausgelöst:

- 01.08.86 - Schreiben an den GD Kombinat Pumpen und Verdichter
- 07.08.86 - Schreiben an den Direktor des VEB ZMF
- 27.08.86 - FS an den GD Kombinat Pumpen und Verdichter
- 12.09.86 - Schreiben an das MfC, Stellv. des Ministers
- 19.09.86 - Schreiben an den GD Kombinat Pumpen und Verdichter
- 20.10.86 - FS an den GD Kombinat Pumpen und Verdichter
- 15.12.86 - Schreiben an den GD Kombinat Pumpen und Verdichter
- 15.12.86 - Schreiben an den Direktor VEB ZMF
- 18.12.86 - FS an MfC, Hauptdispatcher
- 18.12.86 - Ergänzung zum FS an MfC, Hauptdispatcher
- 29.12.86 - Schreiben an den GD Kombinat Pumpen und Verdichter
- 05.01.87 - Schreiben an MfC, Minister
- 26.01.87 - Schreiben an GD Kombinat Pumpen und Verdichter

Versuch des CKB-Generaldirektors, unmittelbar drohende große Gefahrenpotentiale durch Investitionen abzuwenden

In der "Information ..." [17] vom 16.06.87 in Abschnitt 2.2. (Situation in der Produktion von hochkonzentrierter Salpetersäure im CKB) wurde von der OD CKB nicht nur der augenblickliche Zustand der Salpetersäureherstellung aufgezeigt, sondern auch, wie sich der Generaldirektor des CKB bemühte, die Zustände durch Erreichen einer Ersatzinvestition zu verändern (S. 4-8). Dieser Vorgang wurde über den Zeitraum von zwei Jahren beschrieben.

Die Ausgangssituation stellte sich für den Generaldirektor des CKB in folgender Weise dar: 1976 wurde ihm mitgeteilt, daß die desolade "Anlage spätestens Mitte der 80er Jahre mit Inbetriebnahme von Piesteritz außer Betrieb gehen sollte" [17, S. 1] und deswegen in kein Instandsetzungsprogramm aufgenommen werden würde. Die "Ersatzvariante am Standort Piesteritz" wurde nicht in Angriff genommen, was im Februar 1984 bekannt wurde. Bereits am 3. April 1984 wurde ein Vorschlag des CKB zur Modernisierung und Erweiterung der Anlagen "Bestandteil der PMR-Beschlusses 02-128/7/84" [17, S. 4].

Bis September 1984 hatte das CKB mit NSW-Firmen Gespräche geführt und Dokumentationen zusammengestellt. Es erfolgte keine entsprechende Einordnung in die Planungen des Chemieministeriums und der Staatlichen Plankommission für 1986/87, diese schlugen dagegen einen UdSSR-Import vor und hatten entsprechende Vereinbarungen mit der UdSSR getroffen.

Nachdem das CKB Gelegenheit hatte, mit den sowjetischen Exporteuren zu reden, stellten die Gesprächspartner im Januar 1986 übereinstimmend fest, daß die vorgesehene Anlage für das CKB ungeeignet war, "so daß die Bestätigung dieser Abkommensposition auf das Unverständnis beider Seiten stieß" [17, S. 5]. Das CKB mahnte die Stornierung der Vereinbarungen mit der UdSSR an, es blieb jedoch "bis November jegliche Reaktion und Antwort" aus. Eine Erlaubnis des Ministeriums für Außenhandel, NSW-Angebote einzuholen, wurde vom Ministerium für Chemie wieder rückgängig gemacht. Bis zum 16.06.87 war keine Entscheidung getroffen worden.

Investitionsvorhaben im VEB Chemiekombinat Bitterfeld 1987

In [16, S. 14-17] berichtete die OD CKB unter Punkt 1.3. auch über "Politisch-operative Erfordernisse zur Sicherung bedeutsamer Investvorhaben". Es handelte sich dabei um zwei Politbürovorhaben: 'Ersatzanlage Chlorate Bitterfeld' und 'Hochbelastbare Elektroden - TV Erweiterung Grafittierung Bitterfeld'. Das erste Projekt wurde durch ein schwedisches Konsortium, das zweite von einem polnischen errichtet.

Die OD CKB mußte zum ersten Vorhaben feststellen:

"Bisher aufgetretene Probleme resultierten aus Mängel und Mißständen bei DDR-Nachauftragnehmern ..." [16, S. 14].

Beim zweiten Vorhaben war die Problemlage anders. Obwohl der Investitionsumfang bei nur ca. 1/3 von dem des ersten Vorhabens lag, gab es zur Zeit der Berichterstattung bereits einen Realisierungsverzug von 13 Monaten. Der Schadensumfang aus dieser Situation wurde mit 25 - 30 Mio M beziffert, Folgeschäden aus anderen Bereichen der Wirtschaft waren dabei noch nicht eingerechnet.

Trotz des Einsatzes von insgesamt 10 Inoffiziellen Mitarbeitern war der Realisierungsverzug offensichtlich nicht zu verhindern gewesen.

Der polnische Verbindungsoffizier, für die 460 polnischen Werk tätigen zuständig, war scheinbar genauso machtlos ...

Die Ursachen waren schnell beim "polnischen Partner" gefunden. Zaghaft formulierte man eine DDR-seitige Begünstigung der entstandenen Situation in der Weise, daß "vermutlich auch durch entscheidungsbefugte Kader des CKB" die "Möglichkeiten zur Realisierung eines derartigen Vorhabens" [6, S. 16] überschätzt worden sind. Eine tiefergehende Analyse wurde aber nach Aktenlage nicht als notwendig erachtet.

Der gesamte Abschnitt zum Investitionsgeschehen folgt auf den nächsten Seiten.

BSU
000042

GV3 Hle 0064-308/87

...4...

1.3 Politisch-operative Erfordernisse zur Sicherung bedeutsamer Investvorhaben

Im Planjahr 1988 ist die Realisierung der nachfolgend genannten bedeutsamen Investvorhaben weiter vorrangig zu sichern:

1.3.1 Politisch-operative Vorhaben "Ersetzanlage Chlorate Bitterfeld"

Das Vorhaben wird zur Beseitigung der Havariegefährdung in der Chloratanlage des VEB CKB realisiert und soll per 31. 12. 88 an den zukünftigen Betreiber übergeben werden. Die Ersetzanlage wird als kompletter NSW-Anlagenimport mit einem Gesamtwertumfang von ca. 1200 Mio M, davon DDR-Lieferungen und Leistungen in Höhe von ca. 230 Mio M, realisiert. Die Neuanlage soll folgende Kapazitäten erreichen:

- 40,0 Kt/a Chlorate
- 22 Mio m³/a quecksilberfreier Wasserstoff.

Die Realisierung des Vorhabens erfolgt durch ein schwedisches Firmenkonsortium unter Hauptbeteiligung der Firmen SIAB und Cellchem. Durch das Konsortium werden eine Reihe Nachauftragnehmer aus dem NSW und aus der DDR zum Einsatz gebracht. Gegenwärtig befinden sich ca. 350 AK auf der Baustelle, davon 200 aus dem NSW.

Die Realisierung des Vorhabens erfolgt weitestgehend planmäßig, so daß eine termingerechte Übergabe zu erwarten ist. Bisher aufgetretene Probleme resultierten aus Mängel und Mischständen bei DDR-Nachauftragnehmern und stellten sich im wesentlichen wie folgt dar:

- Qualitätsmängel bei der Errichtung von Teilobjekten durch das BMK Chemie
- Quantitativ unzureichende Realisierung von Qualitätssicherungsmaßnahmen seitens des GAN VEB CLG, BT Bitterfeld.

Die diesbezüglich erarbeiteten operativ bedeutsamen Informationen konnten nicht zu OPK/OV qualifiziert werden. Sie waren Bestandteil der Information an leitende Partei- und Staatsfunktionäre. Im Ergebnis der daraufhin durchgeführten Maßnahmen konnten negative Auswirkungen auf das Vorhaben verhindert werden.

Zur pol.op. Sicherung des Vorhabens sind 9 IM/GMS eingesetzt. Die Wirksamkeit der pol.op. Arbeit entspricht nicht den Erfordernissen. OV wurden nicht bearbeitet und OPK nicht durchgeführt. Im Ergebnis realisierter SU konnten keine operativ bedeutsamen Anhaltspunkte erarbeitet werden. Das Informationsaufkommen reicht zur Einschätzung der aktuellen politisch operativen Lage noch nicht aus. Insbesondere nicht den Erfordernissen entspricht das Informationsaufkommen zu

Politisch-operative Erfordernisse zur Sicherung bedeutsamer Investvorhaben
[16, S. 14-17]

BSU
000043

GV3 Hle 0064-308/87

...5...

- Erscheinungsformen und Wirkungen der gegnerischen KP/KZ
- Verhaltensweisen und Auftreten von NSW-Monteuren im Wohn- und Freizeitbereich sowie zur Personendossierarbeit insgesamt
- sach- und personenbezogene Informationen über Mängel, Mischstände, begünstigende Bedingungen/Umstände, welche eine qualitäts- und termingerechte Realisierung negativ beeinflussen.

Für das Planjahr 1988 leiten sich daraus folgende Erfordernisse ab:

- Zielgerichtete Fortsetzung des Aufklärungsprozesses "Wer ist Wer" unter den maßgeblich eingesetzten Leitkadern, Spezialisten und NSW-Betreuerpersonal mit dem Ziel der Entwicklung operativer Ausgangsmaterialien
- Aufgabenbezogene Qualifizierung/Weiterbildung sowie umfassende Nutzung der vorhandenen IM-Basis zur zielgerichteten Bearbeitung op.bedeutsamer Informationen über Zielpersonen des Gegners
- Zielgerichtete Fortsetzung der Realisierung von Aufgaben und Maßnahmen zur Aufklärung und op. Bearbeitung ausgewählter NSW-Personen auf der Grundlage der mit den Abt. XVIII und XV abgestimmten Aufgaben- und Maßnahmenkomplexen
- Gewährleistung der ständigen Einschätzung der pol.op. Lage durch qualitätsgerechte Gewinnung, Aufbereitung, Erfassung, Speicherung und Verdichtung aller op.bedeutsamen Informationen sowie Gewährleistung der angewiesenen Informationsflüsse.
- Gewährleistung der Einflußnahme über IM in Schlüsselposition und offizielle Kontakte auf die Einhaltung und Durchsetzung der sich aus vertraglichen Vereinbarungen und anderen gesetzlichen Unterlagen ergebenden Festlegungen, Bestimmungen, Anordnungen usw., insbesondere zur Gewährleistung der qualitäts- und termingerechten Realisierung sowie zur Gewährleistung einer hohen Ordnung, Sicherheit und Disziplin
- Zielgerichteter Einsatz aller inoffiziellen Kräfte und Nutzung der Möglichkeiten staatlicher Kontrollorgane zur vorbeugenden Sicherung der planmäßigen und störungsfreien Realisierung sowie zum rechtzeitigen Erkennen von Feindangriffen, die gegen die termin- und qualitätsgerechte Fertigstellung gerichtet sind
- Gewährleistung einer engen Zusammenarbeit mit der Abt. XVIII, weiteren Fachabteilungen und DE des MfS sowie eines abgestimmten organisierten pol.op. Zusammenwirkens mit staatlichen Stellen und Einrichtungen auf der Grundlage bestmöglicher Sicherheitskonzeptionen

BSU

000044

GV3 Hle 0064-308/87

16.....

- Planmäßige Erarbeitung von Informationen an leitende Partei- und Staatsfunktionäre über Mängel, Mißstände, begünstigende Bedingungen/Umsätze, welche eine termin- und qualitätsgerechte Fertigstellung des Vorhabens gefährden

- Realisierung weiterer Maßnahmen zur Qualifizierung und Befähigung der zum Einsatz kommenden op. Mitarbeiter und Gewährleistung einer strengen Anleitung und Kontrolle.

1.3.2 Politbürovorhaben "Hochbelastbare Elektroden"- TV "Erweiterung Graffitiierung Bitterfeld"

Das Vorhaben "Erweiterung Graffitiierung Bitterfeld" wird durch das polnische Firmenkonsortium ABZ Centropap mit einem Investaufwand von ca. 510 Mio M realisiert. Entsprechend dem Vertrag sollte das Vorhaben 11/89 abgeschlossen sein. Gegenwärtig befinden sich ca. 460 polnische Werkstätten auf der Baustelle. Bis Ende 1987 ist mit einem Potential von 600 polnischen AK zu rechnen.

Im Ergebnis der bisherigen pol.op. Arbeit wurde herausgearbeitet, daß

- gegenwärtig ein Realisierungsverzug von 13 Monaten gegenüber den ursprünglich vertraglichen Festlegungen besteht

- infolge des Realisierungsverzuges Mehrkosten in Höhe von 25 - 30 Mio M für den VEB CKB entstehen

- bei weiterem Terminverzug die planmäßige Inbetriebnahme des Politbürovorhabens "Hochbelastbare Elektroden" im VEB Elektro- kohl Lichtenberg gefährdet wird.

Als Hauptursachen für die eingetretenen Verzögerungen wurden herausgearbeitet:

- zu späte Auslieferung von Vorprojekten und Projekten durch den polnischen Partner

- Nichteinhaltung/Nichtbeachtung von Festlegungen aus DDR-TGL durch den polnischen Partner

- Mängel und Schwächen in der Leitungstätigkeit beim polnischen Auftragnehmer

- unzureichende Arbeitsproduktivität bei den polnischen Werkstätten

- Überschätzung der Möglichkeiten zur Realisierung eines derartigen Vorhabens durch den polnischen Partner sowie vermutlich auch durch entscheidungsbefugte Kader des CKB

BSU

000045

GV3 Hle 0064-308/87

17.....

Zur pol.op. Sicherung des Vorhabens sind 2 IM sowie 8 IKM des Kommissariates I der K eingesetzt. OV bzw. OPK wurden bisher nicht bearbeitet bzw. durchgeführt. Hinweise über Straftaten der allgemeinen Kriminalität sowie über Schmuggel und Spekulation liegen z.Zt. nicht vor. Die Realisierung wesentlicher Sicherungsmaßnahmen wurde aus objektiven Gründen dem K I BSA CKB übertragen. Das Informationsaufkommen reicht trotz kontinuierlicher Informationserarbeitung zur Einschätzung der pol.op. Lage noch nicht aus.

Für den Planzeitraum 1988 ergeben sich folgende Erfordernisse:

- Gewährleistung eines effektiven/abgestimmten pol.op. Zusammenwirkens zwischen der OD CKB und dem BSA, K I, auf der Grundlage der in der speziellen Koordinierungsvereinbarung festgelegten, durch die K I zu lösenden pol.op. Sicherungsaufgaben. Insbesondere die Gewährleistung eines aktuellen Informationsflusses.

- Qualifizierung des Einsatzes und der Richtung der Wirksamkeit der vorhandenen IM-Basis (einschl. K I), zur Herausarbeitung von Ursachen, begünstigenden Bedingungen und Umständen, welche eine termin- und qualitätsgerechte Realisierung negativ beeinflussen. Den Schwerpunkt bildet hierbei die ständige Einflußnahme über IM in Schlüsselposition auf entscheidungsbefugte Personen.

- Gewährleistung eines engen pol.op. Zusammenwirkens mit staatlichen Stellen und Einrichtungen zur Durchsetzung einer hohen Ordnung, Sicherheit und Disziplin und zur Unterbindung krimineller Handlungen.

- Koordinierung aller pol.op. Maßnahmen zu den polnischen AK mit der Abt. II, BV Halle, und dem polnischen Verbindungsoffizier.

- Gewährleistung einer engen pol.op. Zusammenarbeit mit der Abt. XVIII, BV Halle, sowie kontinuierlicher Berichterstattung über den Stand der Realisierung des Vorhabens.

- Qualifizierung der Durchsetzung der pol.op. Sicherungskonzeption zur Sicherung der ausländischen Werkstätten im Verantwortungsbereich

- Erarbeitung von Informationen für den 1. Sekretär der IKL der SED und den Generaldirektor des VEB CKB über erkannte Mängel, Schwächen und begünstigende Bedingungen einschl. der Unterbreitung von Vorschlägen zur Herbeiführung von Veränderungen.

4.3. Kombinat VEB Leunawerke "W. Ulbricht"

Versuch einer Planmanipulation

Am 26. Januar 1988 verließ die Bezirksverwaltung Halle des MfS eine Information an die SED-Bezirksleitung, daß durch eine interne Änderung des Produktionsprofils eine Erlössteigerung von 15 Mio M erreicht werden soll. Diese Änderung sollte auf Weisung des Ministeriums für Chemie vorgenommen werden. Nach Meinung des MfS würden dadurch jedoch einerseits "wertvolle Rohstoffe vergeudet", andererseits würde es "mit Sicherheit zur unzureichenden Bedarfsdeckung und zu negativen Diskussionen unter der Bevölkerung" führen, wobei sicherlich die Furcht vor dem letzteren das eigentliche Problem darstellte. Wie die Sache ausgegangen ist, ist aus den aufgefundenen Unterlagen nicht ersichtlich [37, S.122, 123].

Bezirksverwaltung Halle

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Halle 26.1.88
 Blatt
 Exemplar

Nr. 24 / 88
fur W. Quass

Eingegangen
 26 0 1 88
25.1.88
 8/88-07

Am 26.1.
h. 2.2.

INFORMATION
über

vorgesehene Planmanipulationen bei der Kennziffer Fertigerzeugnisse für die Bevölkerung im VE Kombinat Leuna

Intern wurde bekannt, daß im Kombinat Leuna auf Weisung des Staatssekretärs im Ministerium für Chemie, Gen. Quass, ab sofort die Produktion der für 1988 geplanten 40 t des billigen Spülmittels "Fit" um 75 % reduziert werden soll. Dafür soll die Produktion des teuren "Top-Fit" von 9,7 kt auf 30 kt erhöht werden. Diese Maßnahme dient der wertmäßigen Sicherung des Planes bei Konsumgütern und bringt dem VE Kombinat Leuna-Werke einen Produktionszuwachs, ohne daß mehr Fertigerzeugnisse für die Bevölkerung produziert werden.

Die Wertdifferenz pro Tonne "Top-Fit" zu "Fit" beträgt ca. 500 M. Bei einer Differenzgröße von ca. 30.000 t ergibt das eine Plansteigerung von 15 Mio M.

Nach interner Einschätzung werden mit diesen Manipulationen folgende negative Auswirkungen verbunden sein:

- Durch die Erhöhung der Produktion von "Top-Fit" werden wertvolle Rohstoffe vergeudet, um ein Spülmittel mit unwesentlich höherem Gebrauchswert herzustellen.

Vorgesehene Planmanipulation in Leuna [37]

BSU
000123

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 2

- Die Reduzierung des Spülmittels "Fit" um 30 kt führt mit Sicherheit zur unzureichenden Bedarfdeckung und zu negativen Diskussionen unter der Bevölkerung, da dieses Spülmittel einen festen Platz im Verbrauch der Bevölkerung hat.

Von diesen geplanten Manipulationen haben der Kombinatdirektor sowie mehrere Fachdirektoren Kenntnis.

Leiter der Bezirksverwaltung
Schmidt
Schmidt
Generalmajor

5. Reaktionen auf die Situation

Kein Kommentar:

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT BSU
000154

Bezirksverwaltung Halle

Halle 10. 6. 1985

Blatt

Exemplar

10. 6.
12. 6.

INFORMATION
über

Ergebnisse und Erfahrungen im Bau- und Montagekombinat (BMK) Chemie Halle bei der Sicherstellung der Bauleistungen der Politbürobeschlussvorhaben, der Bauaufwandsenkung und Verkürzung der Bauzeiten

und neben der fachlichen Qualifikation eine politische Weiterbildung qualitativ zu gewährleisten. Solchen Meinungen, wie "arbeite nicht so viel politisch, dann hast Du mehr Zeit für die fachliche Qualifizierung", wird durch die Parteileitung und die Betriebsleitung nur ungenügend entgegengetreten.

Leiter der Bezirksverwaltung
Schmidt
Schmidt
Generalmajor

Meinung des MfS [24]

5.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna

In der "INFORMATION über den Stand der Produktions- und Anlagensicherheit im Stammbetrieb des Kombinates VEB Chemische Werke Buna" vom 7. Januar 1987 [7] (siehe Abschnitt 2.1.: Einschätzung Anfang 1987) mußten die Mitarbeiter der OD Buna konstatieren, daß infolge der "Lage in diesen Bereichen" (es waren ausgewählte Betriebsdirektionen untersucht worden) eine "ständig sinkende Arbeitsmoral der Werktätigen und Resignationserscheinungen mittlerer leitender Kader" festzustellen ist [7, S. 1, 2].

Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Investitionen im Buna-Kombinatsbetrieb Ammendorfer Plastwerk

Kurz vor dem 1. Mai eines jeden Jahres wurden "Hohe staatliche Auszeichnungen verliehen" und in der Presse, in diesem Falle in der *Freiheit* vom 27. April 1989, bekanntgegeben [50]. Unter den mit dem "Banner der Arbeit Stufe III" Ausgezeichneten befand sich auch das "Kollektiv „Entwicklung und Überführung einer kleintechnischen Polymerisationskaskade“ im Kombinat VEB Chemische Werke Buna".

In der Sonderbeilage derselben Zeitung vom 28. April 1989 wurde ein großer Artikel "Plastwerker haben ihr Versprechen gehalten" zu diesem Kollektiv abgedruckt [51].

Diese beiden Mitteilungen nahm die Arbeiterin E. N. des Ammendorfer Plastwerkes zum Anlaß, am 12. Mai 1989 an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle ein sehr emotionales Schreiben zu richten, in dem sie sich zu den Zuständen in ihrem Betrieb äußerte [29].

Zehn Tage später, am 22. Mai 1989, wurde eine Kopie des Briefes an den Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Halle übermittelt mit der Bemerkung, "Genosse Böhme bittet Dich, auf der Basis dieser anonymen Eingabe die Situation im Plastwerk Ammendorf untersuchen zu lassen". Dieser veranlaßte eine "Kontrolle" "gemeinsam mit L XVIII u. L KD Halle" [28], obwohl die KD Halle für das Ammendorfer Plastwerk nicht zuständig war (Das Ammendorfer Plastwerk war ein Kombinatsbetrieb von Buna, also wäre die OD Buna einzubeziehen gewesen).

Dementsprechend stammt der Bericht "Einige Stimmungen, Meinungen und Reaktionen der Werktätigen im Kombinatsbetrieb APW" [14] vom 26. Mai 1989 auch von der OD Buna. Offenbar waren aber die Zustände schon aufgefallen und dieser Bericht auch unabhängig von der Eingabe entstanden, denn auf Seite 1 befindet sich die Anmerkung: "Ifo an A. B. (Achim Böhme, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung) infolge einer Eingabe erl." [14, S. 1].

In diesem Bericht formulierte der Bearbeiter, "daß bei den dort tätigen Werktätigen, insbesondere bei den Anlagenfahrern der neu errichteten Anlagen "Fußbodenbelag" und "Chlorkautschuk", die Unzufriedenheit über bestehende Arbeitsbedingungen und das Arbeitsklima zunimmt. So wird von den dortigen Werktätigen die neue Fußbodenbelag-Anlage als ein "einziger Schrotthaufen" bezeichnet. Die holländische Fa. Stork habe eine halbfertige Anlage errichtet, die nicht funktioniere. Die Arbeiter bringen zum Ausdruck, daß die Fa. Stork diese Anlage nur als Versuchsanlage nutzt und



Sonderbeilage





Mit erfüllten Plänen und Verpflichtungen zur Wahl

Die Wahlberechtigten sind aufgefordert, sich an der Wahl zu beteiligen. Die Wahlkommission ist verpflichtet, die Wahl zu organisieren und die Wahlurnen zu betanken. Die Wahlkommission ist verpflichtet, die Wahl zu organisieren und die Wahlurnen zu betanken.

Im Mai beginnt der Dauerbetrieb

Plastwerker haben ihr Versprechen gehalten

Erste Anlage, die in einem feinschraffierten Industriepark auf dem Gelände der ehemaligen Reichswerke in der Nähe von Düsseldorf steht, ist im Mai in Betrieb gegangen. Die Anlage ist ein Produkt der Kunststoffindustrie, die in der Vergangenheit als ein Unternehmen, das sich mit der Herstellung von Kunststoffen beschäftigt, bekannt ist.

Die Anlage ist ein Produkt der Kunststoffindustrie, die in der Vergangenheit als ein Unternehmen, das sich mit der Herstellung von Kunststoffen beschäftigt, bekannt ist.

Damit beginnt die Diskussion

- Qualität kritisiert, Aufwand ausser, mehr professionell, wie wird's gemacht?
- Wissenschaft und Technik nutzen, Schlüsseltechnologie ausbauen, umfassende Technologie - wie geht's voran?
- Plus 1000 Anlagen, höhere Ziele für '90? Bauen - wie lässt sich mehr?

Unter sozialistischem Dach

DUR 40

Wir gestalten es aus

Die Chronik der Initiative

Die Initiative ist eine Gruppe von Menschen, die sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der DDR einsetzen. Die Initiative ist eine Gruppe von Menschen, die sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der DDR einsetzen.

Die Initiative ist eine Gruppe von Menschen, die sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der DDR einsetzen. Die Initiative ist eine Gruppe von Menschen, die sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der DDR einsetzen.

Der Text wurde vollständig abgeschrieben, da sonst eine Veröffentlichung nicht möglich geworden wäre.

Im Mai beginnt der Dauerbetrieb

Plastwerker haben ihr Versprechen gehalten

Erste Anlage, die in einem Arbeitsgang hochwertigen Fußbodenbelag produziert

Wenige Tage vor dem 1. Mai wurde ein Kollektiv aus der Fußbodenbelag-Produktion des Plastwerkes Ammendorf mit dem Orden "Banner der Arbeit" ausgezeichnet. Am 8. Oktober vergangenen Jahres hatten Genossen und Kollegen dieser Abteilung die "Initiative DDR 40 - Unser sozialistisches Haus - wir gestalten es aus!" ausgelöst. Sie verpflichteten sich, eine moderne Anlage zur Produktion von hochwertigem Fußbodenbelag in Betrieb zu nehmen. Im Mai wollen die Plastwerker nach Abschluß des Probetriebes zum Dauerbetrieb der Anlage übergehen.

Klaus Böttcher, Meister der Jugendschicht, schaut auf die grün-schimmernde Skala der mikroelektronischen Steuerung, verfolgt mit den Blicken die endlose Bahn des Belags, die 600 Meter weit über zwei Etagen führt. Vieles muß zur gleichen Zeit präzise funktionieren. Von der Beschichtung des Glasvlieses mit PVC-Paste, über Walzen und Druckwerke, durch einen dreißig Meter langen Wärmekanal, wo das ganze bei plus 200 Grad "ausgebacken" wird. Bis zum Schautisch, wo die Gütekontrolleurin die Qualität feststellt und die entsprechende Taste des Computers drückt.

In gut einer Minute muß eine Rolle produziert werden

Automatisch wird nach der Kontrolle das Band alle 25 Meter abgeschnitten. Eine Rolle wickelt sich auf, in Folie verpackt. Der Computer druckt in Sekundenschnelle das Etikett mit Güteklasse, Datum und Namen der Schicht, legt es in die Rolle ein. Alle 1.1 Minuten soll das geschehen.

Soll! Wenn alles läuft, wenn das Band nicht abreißt, vom Einführen des Glasvlieses bis zum Abschneiden am Schautisch. "Das Hauptproblem beim Probetrieb", sagt Klaus Böttcher, "waren die Reißer". "Wenn du elf Stunden lang immer wieder geklebt und neu eingefädelt hast, neu angefahren und dann riß das Band irgendwo wieder - na, da war in der zwölften Stunde ganz schön die Luft raus."

Also: Reißer vermeiden! Aber wie? Klaus Böttcher vergleicht das Ganze mit einer Rennschlitten- oder Bobbahn. "Du mußt die Ideallinie finden", sagt er. Die Computersteuerung packt das noch nicht allein. Entscheidend ist das schnelle und richtige Reagieren des Anlagenfahrers. Besonnen und mit Köpfchen fahren, ist die Devise. "Es nutzt gar nichts", meint Klaus Böttcher, "wenn wir nach Schichtschluß schweißgebadet und mit Nervenflattern das Werk verlassen. Wenn wir so nach Hause gehen, haben wir meistens Murks gemacht."

Die Fragen, die sie stellten, mußten sie selbst beantworten

Qualität erhöhen, Aufwand senken, mehr produzieren - wie wird's gemacht? Mit dieser Frage hatten die Plastwerker im Oktober einen bezirksweiten Erfahrungsaustausch ausgelöst. Jetzt mußten sie selbst die Bewährungsprobe bestehen.

Warum kommt Wolfgang Hoppe mit seinem Bob in Bestzeit ins Ziel, während andere dauernd an der Bande anecken und Letzte werden? Mit Köpfchen fahren! Für die Ammendorfer hieß das zum Beispiel auch, der Bahn technisch hinter die Schliche zu kommen. So traten viele Reißer bei

Geschwindigkeitsveränderungen auf, die aus technologischen Gründen manchmal notwendig sind. Der Hauptantrieb der Anlage nahm nach Knopfdruck die Umstellung vor - und man konnte darauf warten: Das Band riß!

Die Lösung am Ende war einfach. Die Veränderung der Geschwindigkeit darf nicht abrupt erfolgen. Sie ist jetzt stufenweise geregelt. Elastisch also! Und siehe da, die Bahn hält. "Kein Problem mehr", meint Bernd Jentsch, Leiter der Wartungsgruppe und stellvertretender APO-Sekretär, "aber du mußt erst mal darauf kommen!"

Als Klaus Böttcher zum erstenmal von seiner Schicht produzierten Belag in guter Qualität in der Hand hielt, da hatten sich der Schweiß, das Nervenflattern, das "Verdammt noch mal" und das "Trotz alledem", die Knobelrunden mit den Technikern und Elektronikern gelohnt. "Immer mehr", so erzählt er, "näheren wird uns der Ideallinie an."

Ausgezahlt hatten sich die vielen Stunden auf der Schulbank, die Erschwernisse, die Montage und Probebetrieb auf engstem Raum mit sich brachten. Die herkömmliche Fußbodenbelag-Anlage, unmittelbar neben der neuen, lief in der ganzen Zeit ja weiter.

Rekonstruktion bei laufender Produktion hat sich bewährt

Wissenschaft und Technik nutzen, Schlüsseltechnologien anwenden, umfassend rationalisieren - wie geht's voran? So hatten die Ammendorfer am 8. Oktober in der "Freiheit" gefragt. Heute können sie Bilanz ziehen: Gut ging es voran, trotz aller Schwierigkeiten. Rekonstruktion bei laufender Produktion, dieser Weg hat sich bewährt.

Bisher war es in der Welt üblich, Belag diskontinuierlich in mehreren Arbeitsstufen zu fertigen. Die neue Ammendorfer Anlage ist die erste, die in einem Produktionsgang, kontinuierlich Fußbodenbelag produziert. Das hat viele Vorteile: Arbeitsproduktivitätssteigerung auf 300 Prozent, höhere Qualität, die Möglichkeit, schnell auf neue Dessins umzustellen.

Angebot im Warenhaus soll bald besser werden

Heute produzieren beide Anlagen nebeneinander, ergänzen sich. So wird Abfall, Verschnitt aus der neuen Anlage in der alten verarbeitet. Geschlossener Kreislauf also, höchste Materialökonomie und Entlastung der Umwelt, denn nichts wird mehr auf Halde gefahren.

Aber die Anforderungen an die Produzenten sind bedeutend höher geworden. Räumlich rückten sie zwar auseinander, aber technologisch und ökonomisch sind sie weit mehr voneinander abhängig, müssen sie enger

zusammenrücken. Das erfordert Denken in Zusammenhängen, weit mehr als in der alten Anlage und entsprechendes Handeln. "Nur Sekundenbruchteile träumen und in der Aufmerksamkeit nachlassen", sagt Klaus Böttcher, "und am Ende kommt nur Ausschuß raus."

Einstellen mußten Klaus Böttcher und seine Kollegen sich auf den durchgehenden Schichtbetrieb. Die herkömmliche Anlage produziert von Montag bis Freitag zweischichtig. Das Wochenende ist frei. Die neue Anlage wird rund um die Uhr gefahren, auch am Sonnabend und Sonntag.

Im CENTRUM-Warenhaus in der Mansfelder Straße wird der neue Fußbodenbelag aus Ammendorf schon verkauft. "Das Angebot reicht noch nicht", sagt Klaus Böttcher, der seit einigen Tagen Träger des Ordens "Banner der Arbeit" ist, "aber es soll bald besser werden."

Höhere Ziele für '89 beraten - wer bietet mehr? Ihre Frage vom 8. Oktober können die Plastwerker für sich selbst so beantworten: 100 000 Quadratmeter Fußbodenbelag sollen zusätzlich zum Plan produziert werden.

Die Chronik der Initiative

8. Oktober 1988: Am ersten Tag des Jubiläumsjahres der DDR meldet sich das Kollektiv der Abteilung Fußbodenbelag des Plastwerkes Ammendorf in der "Freiheit" zu Wort. Es wendet sich an alle Arbeitskollektive des Bezirkes Halle mit der Herausforderung "DDR 40 - Unser sozialistisches Haus - wir gestalten es aus!"

Artikel in der *Freiheit*-Sonderbeilage vom 28. April 1989, S. 3 [51]